

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Verbandstreue.

In Dichtung und Gesang wird die Treue als eine echte Germanentugend gepriesen; es sind aber Jahrhunderte vergangen, seit die alten Deutschen sich auf der selbstoberbten und mit Mühe und Fleiß bebauten Ackerhölle festgewurzelt hatten. Veränderte wirtschaftliche Verhältnisse haben unser Vaterland aus einem Ackerbaustaat in einen Industriestaat umgeschaffen, und an Stelle der alten Bodenständigkeit trat Freizügigkeit und mehr oder weniger Heimatlosigkeit. Hat da die deutsche Treue in unserer rastlosen Gegenwart noch Gelegenheit sich kundzugeben? Gerade heute bei dem ewigen Wechsel der Ereignisse, bei dem uns alle quälenden Dränge nach Umwechslung, nach Neuem, müßte die treue Gesinnung und die Beständigkeit in einer wertvollen Betätigung der zunehmenden Oberflächlichkeit und Zersplitterung der Kräfte entgegentreten.

Unser Verbandsleben könnte zur Hochschule echter mannhafter Treue werden. Neben alle Gemeinheitsstreue gegen den Verband? Wenn baseliner heute Mitglied wird und nach einem halben oder ganzen Jahr wieder austritt, der macht seinen Ahnen wahrlich keine Ehre; und wer nach kurzer Mitgliedschaft die Vorteile irgend einer Unterstüßungseinrichtung ausgenutzt hat und dann dem Verbands den Rücken kehrt, der beleidigt das Andenken an unsere Vorfahren, denen „Ein Wort — ein Mann“ war. Wer kein Interesse hat für das Wachstum des Verbandes, wer keine Mitfreude empfindet, wenn seine Mitbrüder einen schweren Kampf mit Ehren bestanden haben, oder, wenn es dem Bemühen seiner Organisation gelungen ist, einer gedrückten Arbeiterchaft hier oder dort ihr Loos zu erleichtern, wer nur an sein „Ich“ denkt und für den Aufstieg seines Standes kein Interesse bekundet, der darf sich niemals der Verbandsstreue rühmen.

Verbandstreue ist mehr als Pünktlichkeit im Entrichten der Mitgliedsbeiträge und im Besuchen der Versammlungen. Verbandstreue bedeutet innere Zugehörigkeit zur Organisation, rege Anteilnahme an ihrer Entwicklung und Erstarkung und an ihrem frisch pulsierenden Leben.

### Der Kampf in Mendener beendet.

Nachdem die Mendener Kollegen ein volles halbes Jahr lang im aufgezwingenen Kampfe ihre Interessen einmütig und tapfer verteidigt, ist es nunmehr zum Ende des Kampfes gekommen. Am Montag, den 17. März hat die hestreckte Firma Schmöle u. Co. der Kommission der Arbeiter schriftliche Einigungsvorschläge überreicht, auf Grund deren dann weitere Verhandlungen gepflogen wurden.

Das Ergebnis wurde den beteiligten Kollegen in einer am 20. März abgehaltenen Versammlung zur Entscheidung unterbreitet. Von unserem Verbandsvorstande lag die Erklärung vor, daß der christliche Metallarbeiterverband die Mittel zur Weiterführung des Kampfes auch für die Folge zur Verfügung stellen werde. Auf Grund der vorliegenden Zugeständnisse und des mündlichen Berichtes der Kommission äußerten sich Kollegen aus der Reihe der zunächst Beteiligten dahin, daß das vorliegende Ergebnis der Einigungsverhandlungen im ganzen genommen einen annehmbaren Teilerfolg für die Arbeiter bedeute. Die 70 Streikenden bei der Firma Schmöle wollten deshalb den anderthalb Tausend ausgeperrten Kollegen nicht mehr die Opfer einer weiteren Aussperrung auferlegen. Die Abstimmung ergab denn auch die Annahme der vorliegenden Vergleichsvorschläge.

Die Vereinbarung wurde darauf am selben Tage von Arbeitgeberseite und der Kommission der Arbeiter unterschrieben vollzogen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Menden, den 20. März 1913.

#### Bereinarung

1. Die Sperre gegen die Firma Schmöle u. Co. wird aufgehoben.
2. Die Aussperrung der Mendener Arbeiter wird aufgehoben.
3. Die Arbeiter werden wieder eingestellt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Zugehörigkeit oder der Beitritt zur Organisation soll keinem Arbeiter verwehrt werden.
4. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wird der Arbeiterausschuß auf die in den Satzungen vorgeordnete Mitgliederzahl erhöht (mindestens 2). Neuwahlen finden gemäß der Satzungen statt.

5. Ueberstunden werden nach Möglichkeit vermieden. Sind solche notwendig, werden sie mit den einzelnen Betriebsabteilungen vereinbart.

6. Die Firma Schmöle u. Co. erklärt sich bereit, nach Wiederaufnahme der Arbeit die Löhne der groß-jährigen Gehülften, soweit solche unter 4,50 Mk. verdienen, wohlwollend zu prüfen.

7. Die sanitären Einrichtungen in den Betrieben sollen für die Folge unter Rücksprache mit dem Arbeiter-Ausschuß geregelt werden.

8. Die Firma Schmöle u. Co. erklärt sich bereit, auf eine allgemeine, einheitliche Regelung des Samstag-nachmittags-Arbeitsfrühschlusses hinzuwirken.

Ch. Böckelmann	Schmöle & Comp.
Jos. Fringes	C. Bröder
Philipp Albert	Wilh. Viehoff
Joseph Werth	
Johann Hüttemeister	
Co. Laßhaus	

Vergleicht man die vorstehenden Zugeständnisse der Firma Schmöle u. Co. und des Mendener Arbeitgeberverbandes mit deren bisherigen Auslassungen in der Presse über die angeblichen Ursachen des Kampfes, so kommt man sofort zu der Ueberzeugung, daß die Arbeitgeber ihre Darstellung des Kampfes durch ihre Zugeständnisse selbst widerlegt haben. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, suchte der Arbeitgeberverband die rigorose Maßnahme der Aussperrung vor der Öffentlichkeit mit der unwahren Behauptung zu rechtfertigen, beim Streik bei der Firma Schmöle handle es sich nicht um einen Lohnkampf, sondern um einen Prinzipienkampf. Noch in einem in Nr. 324 der kölnischen Zeitung veröffentlichten telegraphischen Bericht über das Ende des Kampfes wird erneut behauptet, die Führer der christlichen Metallarbeiter suchten „immer wieder aus der Machtfrage eine Lohnfrage zu machen.“ Wenn man sich auf diesem Standpunkt stellt, so bedeuten die Vereinbarungen für die Arbeitgeber eine glatte Niederlage, denn gerade in prinzipieller Hinsicht haben sie die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht, während in der Lohnfrage die Zugeständnisse nicht so weitgehend sind. Diese Tatsache allein beweist, daß es eitel Spiegelschere ist, wenn die Arbeitgeber bzw. ihr Wortführer in der kölnischen Zeitung den Lohnkampf der Arbeiter bei Schmöle u. Co. zu einem Macht- bzw. Prinzipienkampf der christlichen Metallarbeiterorganisation zu machen suchen. Sollte der Berichterstatter etwa annehmen, durch diese stereotypische Verschiebung des Kampfbildes würden die Mendener Arbeitgeber an der zeitgemäßen Aufbesserung der Löhne vorbeikommen, so wäre er schwer im Irrtum.

Bei diesem Kampfe hat sich wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie dringend notwendig die Schaffung einer Vermittlungsinstanz ist, die von Gesetzes wegen besetzt und verpflichtet wäre, bei solchen Kämpfen vermittelnd einzugreifen. Die Arbeiter haben sich während der ganzen Dauer des Kampfes jederzeit zu Verhandlungen bereit erklärt, wenn es darum nicht eher zum Frieden gekommen ist, lag die Schuld auf der Gegenseite. Hätte hier eine gesetzlich autorisierte Instanz eingegriffen können, so würde die Mendener Arbeitgeberorganisation sich wohl gehütet haben, diese Vermittlungsinstanz einfach abzuweisen, wie den Ortsbürgermeister, die Geistlichkeit u. a. Die Bestrebungen zur Schaffung einer Einigungsinstanz mit gesetzlich festgelegten Befugnissen erscheint um so dringender, als die schroff ablehnende Haltung unserer Großindustriellen gegen alle noch so berechtigten Forderungen der Arbeiter und gegen ihre Organisationsbestrebungen in der Folge noch zu schweren Konflikten führen muß. Mit allem Nachdruck muß insbesondere gefordert werden, daß Unternehmer, die mit Staatsaufträgen beauftragt werden, sich verpflichten, die Organisation ihrer Arbeiter anzuerkennen, angemessene Löhne bezahlen und bei ausbrechenden Differenzen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisation und die Vermittlung einer Regierungsinstanz nicht abzulehnen.

Die Position für die Arbeiter war in dem halbjährigen Kampfe wahrlich keine leichte. Sie wurde schon dadurch erschwert, daß die große Mehrzahl der unorganisierten nach der Generalausperrung sich zur Unterzeichnung des bekannten Avertissements herbeiließ und wieder in die Betriebe hineinging. Hoffentlich sehen auch diese Arbeiter jetzt ein, wohin sie gehören und folgen dem Beispiele jener, die während des Kampfes und noch in den letzten Tagen aus den Betrieben herausgingen und sich den kämpfenden Kollegen und ihrer Organisation anschlossen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, der Kampf

hätte sich nicht ein halbes Jahr lang hingezogen, wenn auch die unorganisierten Arbeiter sich alle rechtzeitig auf die Pflicht der Solidarität besonnen hätten. Auf weitere, die Position der kämpfenden Kollegen erschwerende Momente haben wir im Verlaufe des Kampfes wiederholt hingewiesen.

Alles in allem: Die Mendener Kollegen haben den ihnen aufgezwungenen halbjährigen Kampf trotz aller Schwierigkeiten mit einer Tapferkeit und Einmütigkeit durchgekämpft, die selbst dem ehrlichen Gegner Achtung und Anerkennung abnötigt. Ein solcher Kampf muß seine Früchte zeitigen — und diese werden um so reichlicher ausfallen, je treuer und intensiver die Kollegen jetzt in ihrer Organisation weiter arbeiten und je mehr sie sich bemühen, nun auch die noch abseits Stehenden als Mitkämpfer in ihre Reihen einzuzugliedern.

### Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften in der Eisen- und Metallindustrie

Seit vier Jahren veröffentlicht das Kaiserlich statistische Amt alljährlich die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften. Da nun auch unsere Kollegen ein Interesse daran haben zu erfahren, wie es denn eigentlich um die Rentabilität unserer Industrie steht, sei nachfolgend das für uns Wichtige aus dieser Statistik wiedergegeben.

Am 30. Juni 1911 waren im Deutschen Reich vorhanden 5302 tätige Aktiengesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 15 846,68 Millionen Mark. In der Statistik für das Jahr 1910/11 konnten davon 4680 A.-G. berücksichtigt werden, deren dividendenberechtigtes Aktienkapital 14 000,51 Millionen Mark betrug. Das Unternehmungskapital dieser Gesellschaften, (d. h. dividendenberechtigtes Aktienkapital und echte Reserven), belief sich auf 17 255,04 Millionen Mark. Die 4680 Gesellschaften haben das Jahr 1910/11 mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

	Zahl der A.-G.	Dividendenberechtigtes Aktienkapital	Gewinn- oder Verlustsumme
Mit Gewinn . . .	3868	12 989,27 Mill. Mk.	+ 1472,93 Mill. Mk.
Mit Verlust . . .	743	916,20 „ „	- 79,22 „ „
Ohne Gewinn od. Verlust . . .	69	95,04 „ „	„ „

Bleibt man von den 1472,93 Millionen Mark Jahresgewinn der 3868 A.-G., die 79,22 Millionen Mark Verlust der 743 A.-G. ab, so ergibt sich für die 4680 A.-G. ein absoluter Reingewinn von 1393,71 Millionen Mark. Soll nun die durchschnittliche Rentabilität ermittelt werden, so muß man diesen Reingewinn auf das Unternehmungskapital verteilen, das ist also das dividendenberechtigte Aktienkapital zuzüglich der echten Reserven. Diese durchschnittliche Rentabilitätsziffer betrug für das Berichtsjahr 8,08 Prozent.

Dividende bezogen haben von den 14 000,51 Millionen Mark dividendenberechtigtem Aktienkapital 12 317,65 Millionen Mark. Die zur Ausschüttung gelangte Dividendensumme belief sich auf 1133,30 Millionen Mark, und die Durchschnittsdividende auf 8,09 Prozent.

In den vier Jahren seit die Statistik veröffentlicht wird, verzeichnen die deutschen Aktiengesellschaften folgendes Ergebnis:

Jahr	Zahl der A.-G.	Unternehmungskapital in Millionen	Jahresgewinnsumme	Rentabilitätsziffer	Dividenden-summe in Mill. Mark	Durchschnittsdividende
07/08	4578	15 324,40	1 279,94	8,35 %	1 022,60	8,07 %
08/09	4579	15 860,41	1 114,52	7,03 %	959,70	7,38 %
09/10	4607	16 473,14	1 287,64	7,82 %	1 043,90	7,76 %
10/11	4680	17 255,04	1 398,71	8,08 %	1 133,30	8,09 %

Während also die Jahresgewinnsumme und die Dividendensumme im Berichtsjahr erheblich über des Jahres 1907/08 hinaus geht, war die Rentabilitätsziffer niedriger; demgegenüber ist aber zu betonen, daß die Durchschnittsdividende gestiegen ist. Auf weitere Einzelheiten können wir in diesem Rahmen nicht eingehen.

In der Metall-, Hütten- und Maschinenindustrie waren am 30. Juni vorhanden 797 Aktiengesellschaften mit 3380,19 Millionen Mark dividendenberechtigtem Kapital und 710,08 Millionen Mark echten Reserven. Außerdem waren in diesen A.-G. noch investiert 1201,04 Millionen Mark Schuldverbindlichkeiten und 128,38 Millionen Mark Hypothekengelder, so daß sich die gesamt verbundene Kapitalmasse, welche in den metallindustriellen Aktiengesellschaften tätig ist, auf 5419 Millionen Mark beläuft.

Diese 797 A.-G. beschloßen das Jahr 1910/11 folgendermaßen:

	Zahl der A.-G.	Dividendenberechtigtes Aktienkapital	Gewinn od. Verlust in Mill. Mark
Mit Gewinn . . .	658	3169,23 Mill. Mk.	403,11
Mit Verlust . . .	127	185,78 „ „	17,56
Ohne Gewinn od. Verlust	12	15,17 „ „	„ „

(Einer Gewinnsumme von 403,11 Millionen Mark steht ein Verlust von 17,56 Millionen Mark gegenüber, der absolute

Reingewinn beträgt mithin 385,55 Millionen Mark. Das Unternehmungskapital unserer Industriezweige im Verlage von 4090,27 Millionen Mark weist eine durchschnittliche Rentabilitätsziffer von 9,42 Prozent auf; sie ist erheblich höher als der Gesamtdurchschnitt der Aktiengesellschaften, der wie oben schon erwähnt 8,09 Prozent ausmacht. In den letzten vier Jahren stellten sich in unseren Industriezweigen (ohne chemische Industrie) Unternehmungskapital, Reingewinn und Rentabilitätsziffern auf:

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Aktien-Gesellschaften, Unternehmungskapital in Millionen Mark, Reingewinn, Rentabilitätsziffer. Rows for years 07/08, 08/09, 09/10, 10/11.

Die U.-G. der Metallindustrie weisen also in allen vier Jahren eine erheblich höhere Rentabilitätsziffer auf, als die gesamten Aktiengesellschaften. Gegenüber den fortwährenden Klagen über „die unerträgliche soziale Belastung“ die gerade von den Stahlbetreibern der Metallindustrie am lautesten ins Land trompetet werden, ist die Feststellung vorerwähnter Tatsache von sehr großer Bedeutung. Sie zeigt ferner, daß die Metallindustrie sehr wohl eine Verbesserung der Arbeiterlöhne vertragen kann. Endlich zeigt diese Rentabilitätsziffer, daß in unseren Industriezweigen sehr viel Kapital für die Produktion übrig bleibt und jene Schwarzseher Unrecht haben, denen nie „genügend“ Kapital für die industrielle Weiterentwicklung gelangt wird.

Das gleiche Bild zeigt sich in Dividendengebühren der metallindustriellen U.-G.; in dem genannten Zeitraum gestaltete sich dieses folgendermaßen:

Table with 5 columns: Jahr, Dividendenberechtigtes U.-G., Dividendenbeziehb. U.-G., Dividendensumme überhaupt, in % des Dividendenberechtigten U.-G. Rows for years 07/08, 08/09, 09/10, 10/11.

Draufschauer beleuchtet die bessere Rentabilitäts- und Dividendenquote der metallindustriellen U.-G. eine Gegenüberstellung dieser Verhältnisnummern mit denen der Gesamtheit der Aktiengesellschaften. Es betrug:

Table with 5 columns: Jahr, Rentabilitätsziffer Metall U.-G., Rentabilitätsziffer Gesamte U.-G., Durchschnittsdividende Metall U.-G., Durchschnittsdividende Gesamte U.-G. Rows for years 07/08, 08/09, 09/10, 10/11.

Abschließend ist über die Geschäftsergebnisse der Metall-, Düten- und maschinenindustriellen Aktiengesellschaften zu sagen, daß von 1907/08 bis 1910/11 eine enorme Steigerung zu verzeichnen ist. In diesem Zeitraum ist nämlich gestiegen:

Table with 2 columns: Item, Value in Millionen Mark. Rows for Unternehmungskapital, Dividendenberechtigtes Aktienkapital, Dividendenbeziehb. Aktienkapital, Reingewinn, Dividendensumme.

Der Reingewinn ist nur scheinbar nicht im gleichen Maße gestiegen, wie die übrigen Positionen. Trotzdem könnten fündige „Sozialsekretäre und Syndikate“ die Schuld auf die gestiegenen Löhne und sozialen Lasten zurückzuführen und die Schwarzseher würden dann evtl. eine Zahlenunterlage für ihre Schwarzseherei haben. Doch die Spekulation ist falsch, wie wir gleich sehen werden.

Die weniger große Steigerung des Reingewinnes ist im wesentlichen auf die „Kapitalüberforderungen“ der letzten Jahre zurückzuführen. Dieses beweist die vorstehende Zusammenstellung ebenfalls. Während der Reingewinn in den vier Jahren um 20,61 Prozent stieg, ging die Dividende nur 26,34 Prozent in die Höhe. Das ist eine natürliche Erscheinung; wird das Kapital künstlich erhöht (vergrößert) dann kann der Reingewinn prozentual nicht im gleichen Maße steigen, das soll

er aber auch nicht, sonst würden die Veranlasser ja ihren Zweck nicht erreichen. Sie wollen mit der Manipulation ja auch nur eine scheinbare Verringerung erzielen, um den Arbeiterwünschen besseren Widerstand leisten zu können.

Nach dieser allgemeinen Besprechung seien die Ergebnisse der einzelnen Industriezweige im letzten Jahre einer Besprechung unterzogen. Zunächst schiden wir eine Zahlentafel voraus, welche die Betriebskapitalien, die Reingewinne und die durchschnittliche Rentabilitätsziffer der einzelnen Zweige der Metallindustrie enthält:

Table with 2 columns: Industry Name, Value. Rows for Eisen- und Stahlverarbeitung, Maschinen- und Apparatebau, Schiffbau, Feinmechanik, Elektrotechnische Industrie, Elektrische Großindustrie, Chemische Großindustrie, Sprengstoffe und Zündwaren.

Table with 2 columns: Industry Name, Value. Rows for Eisen- und Stahlverarbeitung, Maschinen- und Apparatebau, Schiffbau, Feinmechanik, Elektrotechnische Industrie, Elektrische Großindustrie, Chemische Großindustrie, Sprengstoffe und Zündwaren.

Table with 2 columns: Industry Name, Value. Rows for Eisen- und Stahlverarbeitung, Maschinen- und Apparatebau, Schiffbau, Feinmechanik, Elektrotechnische Industrie, Elektrische Großindustrie, Chemische Großindustrie, Sprengstoffe und Zündwaren.

Table with 2 columns: Industry Name, Value. Rows for Eisen- und Stahlverarbeitung, Maschinen- und Apparatebau, Schiffbau, Feinmechanik, Elektrotechnische Industrie, Elektrische Großindustrie, Chemische Großindustrie, Sprengstoffe und Zündwaren.

Table with 2 columns: Industry Name, Value. Rows for Eisen- und Stahlverarbeitung, Maschinen- und Apparatebau, Schiffbau, Feinmechanik, Elektrotechnische Industrie, Elektrische Großindustrie, Chemische Großindustrie, Sprengstoffe und Zündwaren.

Die höchste durchschnittliche Rentabilitätsziffer mit 12,16% weist demnach die chemische Industrie auf. Ueber 10% verzeichnen: Feinmechanik 11,53 Prozent, Sprengstoffe und Zündwaren 11,75 Prozent, Edelmetallindustrie 11,42 Prozent und die gemischten Werte 10,39 Prozent. Aber auch die übrigen Gruppen verzeichnen eine ganz annehmbare Durchschnittsrentabilitätsziffer, nur der Schiffbau macht eine untrübmliche Ausnahme.

In der nächsten Nr. wollen wir die Ergebnisse der einzelnen Industriezweige einer Nachprüfung unterziehen.

Die hohle Kampfweise sozialdemokratischer Metallarbeiterführer gegen die ausgeperrten Mendener Metallarbeiter

mußte wiederholt öffentlich von uns gebrandmarkt werden, mit dem Erfolg, daß diese „Arbeiterführer“ auf der ganzen Linie erkannt sind und dementsprechend eingeschätzt werden. Daß dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die Festnagelung seiner Leuchten außerordentlich schwer im Magen liegt, beweist die Nr. 12 seines Verbandsorgans. In fünf Artikeln werden allerschärfste Tadel auf die christlichen Arbeiter abgeschossen um die murrende rote Gemeinde von den Schandtatzen der Genossenführer abzulenken. Sprachlos aber ist man, wenn man einmal folgende Stelle aus dem Blatte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes auf sich wirken läßt; dort (Nr. 12) heißt es:

„Wir (der sozialdemokratische Metallarbeiterverband) würden es bedauern, wenn die Mendener Arbeiter vergeblich die langen Wochen gekämpft haben sollten. ... auch ist es entsetzlich zu verurteilen, daß die Unternehmer wegen den Differenzen bei einer Firma die Arbeiter ausgeperrt haben.“

Das schreiben mit eiserner Stirn dieselben Leute, die in Nr. 48/1912 der gleichnamigen sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ den kämpfenden Mendener Metallarbeitern eine Niederlage wünschten. Ja, ja, Otto Hue hatte Recht, als er einmal sagte: die Sozialdemokratie sei nicht mehr weit vom Zrennhaus! Darum verlohnt es sich auch nicht, auf das übrige Geschwafel einzugehen. Wenn es aber in dem Blatt weiter heißt, wir hätten uns in unserer Nr. 9 „Fuchsteufelswilde“ an „Spiegel“ festgebissen, so kann das doch bezweigen schon nicht wahr sein, weil die Metallarbeiterzeitung kaum 10 Zeilen weiter schreibt, wir hätten in unserer Nr. 9 „Schlechte Wiße“ über Spiegel gemacht. U. E. sind aber „schlechte Wiße“ und „Fuchsteufelswilde festbeißer“ so grundverschiedene Begriffe, wie die Faust und das Auge. Merkwürdig ist ferner, daß Spiegel in all der Zeit mit keinem Wörtchen auf die applizierte Abreibung eingiht, die ihm in Nr. 4 dieser Zeitung zu teil wurde. Auch möchten wir nicht verfehlen, den Genossen Spiegel auf den Leitartikel in Nr. 12 vom 20. März 1913 des „Stahlwarenkonterfei“ aufmerksam zu machen; dort kann Spiegel sein Konterfei im Spiegel sehen. Vielleicht drucken wir dieses Spiegelbild noch einmal ab.

Im übrigen ist es eine Unberfrorenheit von den Genossenführern, wenn sie sich wegen persönlicher Kampfweise beschweren. Uns ist es nie eingefallen, persönlich zu werden. Manche schöne Gelegenheit hätten wir dazu gehabt, doch wir paßten, weil uns die Arbeitersache zu hoch steht, und wir den Kinnstein neidlos denen überlassen, die sich wohl darin fühlen. Wenn wir die Schandtatzen der Genossenführer gegen die kämpfenden Mendener Arbeiter beim richtigen Namen nannten, so erfüllten wir damit einfach unsere Pflicht; das ist keine persönliche Kampfweise. Oder glauben diese Leute vielleicht, die christlichen Arbeiter seien vogelfrei? Nein, so liegen die Dinge denn nun doch nicht. Niemand wird uns hindern auf einen Schelmen anderthalben zu setzen. Und gegenüber den Verräterei der Genossen wird unsererseits Fraktur geredet. Dabei bleibt. Oder war es etwa Solidarität, was die sozialdemokratischen Führer gegen die Mendener Arbeiter verübten? Nein, es war das Gegenteil. Dafür einige Tatsachen. Gleich zu Anfang erklärte einer von ihnen (Hoffmeister), wie ihm am Gericht nachgewiesen wurde, er werde seine Mitglieder anweisen Streikarbeit zu verrichten. Ihre Flugblätter ließ die rote Junkt in Mendener von einem Streikbrecher verteilen. Das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (Nr. 48/1912) wünschte den Mendener Arbeitern eine Niederlage. Als sich die Mendener Arbeiter in anderen Orten um Arbeitsstellen bemühten, trompetete die rote Presse dieses im ganzen deutschen Sprachgebiet umher, damit es ja die Arbeitgeberverbände erführen, und daß diese den Ausgeperrten alle Fabrikstore verschließen sollten. Zwei Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (Wanz und Eggert) drohten einem Fabrikanten mit Boykott, Volksversammlungen und Presse, wenn er die eingestellten Mendener

Die Erfolge der deutschen Industrie auf der Brüsseler Weltausstellung

Der amtliche Bericht über die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in Brüssel liegt jetzt vor und läßt erkennen, daß Deutschland einen vollen Erfolg zu verzeichnen hat.

Das Deutsche Reich hatte seinerzeit 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Dazu kamen weitere 1 730 000 Mark Einnahmen aus den Anstellerverträgen zu den Baukosten, aus Zuschüssen der Bundesstaaten usw. Von letzterem Betrage (1 730 000 Mk.) entfielen auf den Zuschuß der belgischen Anstellungsleitung zu den Kosten der deutschen Bauten 180 000 Mk. auf den Baukostenanteil der Ansteller in der Industrieabteilung 240 000 Mk., auf diejenigen der Maschinenabteilung 460 000 Mk., und u. a. auf Einnahmen aus dem Betriebe 112 000 Mk. Von den zusammen 2 730 000 Mk. wurden 2 408 000 Mk. für Bauten und architektonische Ausgestaltung, sowie für Zuschüsse an verschiedene Gewerbegruppen verwendet. Letztere Zuschüsse an das Kunstgewerbe usw. wurden fast ausschließlich nur in dem Sinne gewährt, daß ein Teil der Kosten der Bauarbeiten und der künstlerischen Innenausstattung den Anstellern abgenommen wurde. Einflußlich der künstlerischen Innenausstattung beläufen sich die Baukosten für das Quadratmeter auf rund 60 Mark. Daher war es erforderlich, die deutschen Ansteller zu den Kosten in umfassendem Maße heranzuziehen. Die deutsche Abteilung verfaßte über 33 000 Quadratmeter Grundfläche, und es gelang, die Gesamtheit der Bauten, einschließlich der Kadamentierung, innerhalb 9 Monaten auszuführen.

Der wesentlichste Punkt lag in der Zusammenfassung sämtlicher deutscher Erzeugnisse zu einer einheitlichen nationalen Abteilung in eigenen, deutscherseits errichteten Bauten. Diese einschneidende Maßregel war von vornherein nicht allein für die Finanzierung der deutschen Abteilung notwendig, sondern auch aus dem Grunde, weil die Unterordnung unter den allgemeinen Plan der Ausstellung für Deutschland nicht günstig gewesen wäre. Denn wäre diese Unterordnung erfolgt, dann wären die Maschinen von den Industrieerzeugnissen getrennt und die Lokomotiven, Eisenbahnwaggons usw. in ein besonderes Gebäude verwiesen worden. Das hätte dazu geführt, daß die deutsche Abteilung unter Beeinträchtigung des einheitlichen Gesamteindrucks in mehrere getrennte Teile zerlegt worden wäre, ohne daß diesem Nachteil der Vorteil unmittelbarer Vergleichbarkeit der deutschen Erzeugnisse mit den Ausstellungsgegenständen der anderen Staaten innerhalb festabgegrenzter Spezialgebiete gegenübergestanden hätte. Ferner wurde durch die Anlage einer eigenen Konfektion, die die deutsche Abteilung selbständig mit Elektrizität, Dampf, Wasser, Gas usw. versorgte, eine Fülle von Ausstellungsmodifikationen geboten, die andernfalls unmöglich gewesen wäre. Auch kamen infolge der Errichtung eigener Konfektionen die aufzuwendenden Gelder in erheblicher Maße der deutschen Industrie zugute, und es wurden größere Garantien für die rechtzeitige Fertigstellung der eigenen Bauarbeiten für die deutsche Abteilung geboten. Und letzterem Gesichtspunkte mußte gerade in Brüssel angehängt des harten Wettbewerbes mit den benachbarten Nationen besondere Bedeutung beigegeben werden. Die rechtzeitige Fertigstellung ist denn auch in der Tat erreicht worden. Sie hat für die Ansteller den großen Vorteil, daß gerade innerhalb der ersten Wochen der Ausstellung, während der

die deutsche Ausstellung im wesentlichen allein geöffnet war, erhebliche Verkäufe und Aufträge getätigt worden sind. Darin liegt aber auch ein glänzendes Zeugnis für die Wichtigkeit der Idee, sämtliche deutsche Erzeugnisse zu einer einheitlichen nationalen Abteilung in eigenen, deutscherseits errichteten Bauten zusammenzufassen. Daher dürfte dieses bewährte Prinzip bei der späteren Beschaffung von Ausstellungen seitens deutscher Aussteller zur Richtschnur dienen.

In dem Wettbewerb in Brüssel nahmen nach dem amtlichen Bericht rund 2400 deutsche Aussteller teil.

Außer Wettbewerb stand in der deutschen Abteilung zunächst die Sammlung deutscher Kunstwerke, außerdem die Zahl von 88 deutschen Ausstellern. Auf den Rest der letzteren entfielen nicht weniger als 1869 Preise, darunter 537 Große Preise, 287 Ehrendiplome, 493 Goldene, 320 Silberne und 109 Bronzene Medaillen, sowie 123 Ehrenvolle Erwähnungen. Dazu traten noch 364 Preise für Teilnehmer an Sammelausstellungen. Die größte Zahl der Großen Preise entfiel mit 110 auf die Gruppe: Zivilingenieurwesen, Transportmittel, und mit 104 auf die Gruppe: Instrumente und allgemeine Verfahren in Literatur, Wissenschaften und Künste. Welche achtunggebietende Stellung der deutsche Werkzeugmaschinenbau gegenüber ausländischen, namentlich amerikanischen Erzeugnissen einnimmt, zeigt, daß von 31 Ausstellern von Werkzeugmaschinen nicht weniger als 10 Große Preise, 8 Ehrendiplome, 11 Goldene und 2 Silberne Medaillen errungen wurden.

Der moralische Erfolg der deutschen Abteilung auf der Weltausstellung in Brüssel war ein ganz bedeutender. Die Beschaffung der Ausstellung ist aber auch nicht ohne günstigen Einfluß auf die Entwicklung der allgemeinen Handelsbeziehungen

Arbeiter nicht entlassen würde. Wieder ein anderer roter Führer (Hagen) spendierte sogar Alkohol für eine Erklärung gegen den christlichen Metallarbeiterverband. Trotzdem der Bezirksbeamte Martin-Düsseldorf vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eines Tages in unserem Mendener Streiklokal einige ausgesperrte Mitglieder seines Verbandes vorstellte, ist während der ganzen Dauer des Mendener Kampfes keine Sperre in der Metallarbeiterzeitung erschienen. Wenn das kein Verrat an den kämpfenden Arbeitern ist, dann hört doch einfach alles auf.

Unter diesen Umständen ist es einfach lächerlich, wenn es in der Metallarbeiterzeitung heißt, der deutsche Metallarbeiterverband sei bereit gewesen, die Anfertigung von Streikarbeiten für die Mendener Firma Schmiele u. Co., bei der Firma Tesche in Hagen zu verweigern. Die Sache liegt so: Bei der Firma Tesche in Hagen-Wehringhausen soll Schmiebearbeit für Schmiele u. Co. angefertigt worden sein. In dieser Abteilung der Firma Tesche hatte unser Verband keine Mitglieder — der übergroße Teil der Schmiede ist rot organisiert. Trotz aller Bemühungen war nicht herauszubekommen, ob wirklich Streikarbeit verrichtet worden ist. Je sticht, daß christlich organisierte Arbeiter keine Streikarbeit verrichten haben. Ist welche gemacht worden, dann ist es von sozialdemokratisch organisierten geschehen. Das wäre aber ein weiterer Beweis für die schamhafte Haltung des roten Verbandes. Seine Pflicht und Schuldigkeit war es, die Anfertigung von Streikarbeit zu verhindern; denn er hatte ja auch in Mendener ausgesperrte Mitglieder, doch der sozialdemokratische Verband hat die Streikarbeit nicht verhindert, ist also seinen eigenen Mitgliedern in den Rücken gefallen. Außerdem hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in der Metallarbeiterzeitung keinerlei Sperren über das Mendener Industriegebiet veröffentlicht. Es steht also fest, daß der sozialdemokratische Verband im Mendener Kampfe keine Solidarität gibt und die Interessen der Mendener Arbeiter mit Füßen tritt.

Zum Schreien aber ist es, wenn es in dem Artikel zum Schluß heißt:

„Es gehört zu einem solchen Kampf (Menden) eben mehr, als das Maul aufzureißen und zu schimpfen.“

„Nachigall, ich hör dir laufen, aus das Bäcklein willst du laufen?“ Na, so kommt ihr uns gerade recht. Der Artikel stammt, wie wir aus der Überschrift, „Freie Presse“ ersehen, aus dem Hagenener Büro des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Der erste Bevollmächtigte dieser Verwaltungsstelle heißt Josef Ernst. Dieser nämliche Genosse Ernst mußte vor gar nicht langer Zeit wegen Verleumdung eines christlichen Arbeiters ca. 4-500 Mark bezahlen. Bei einer anderen Gelegenheit wurde ein Redakteur zu 100 Mark und in die Kosten verdonnert für einen Artikel, dessen Verfälschung Ernst nicht abgestritten hat. Wo also die Schimpfer und Maulaufreißer zu suchen sind, liegt klar auf der Hand.

Keine Schimpferei kann es aus der Welt schaffen, daß sozialdemokratische Metallarbeiterführer den kämpfenden Metallarbeitern von Menden schamlos in den Rücken gefallen sind. Dieses Brandmal werden sie nie wieder los. Dafür haben sie selber gesorgt.

## Die Belastung durch die deutsche Arbeiterversicherung.

Bei dem Streit zwischen der „alten“ und „neuen“ Richtung in der Nationalökonomie spielt die Frage der Belastung in der Industrie, Gewerbe und Handel durch die Sozialpolitik eine besondere Rolle. Speziell zwischen den Professoren Ballot und Herzner einerseits und Professor Bernhardt, Generalsekretär Steller und der „Deutschen Industriezeitung“ andererseits hat sich eine lebhafte Diskussion über die Belastung der Industrie abgepielt. Der springende Punkt ist dabei der Vergleich der Belastung der deutschen Industrie mit der Belastung der ausländischen Industrie. Nach der Richtung ist aber ein Vergleich, der bindende Schlüsse zuläßt, nicht möglich, wie die Deutsche Industriezeitung selbst zugeben muß. Mehr als die Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt 1910 Nr. 7 bietet, ist zur Zeit nicht zu beschaffen. Hieraus ergibt sich, daß eine wissenschaftliche Untersuchung, bezw. ein Vergleich nicht möglich ist. Die Deutsche Industriezeitung greift nun das neue Buch von Professor Bernhardt: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“

gewesen. Seitens der gewerblichen Kreise war mehrfach eine Statistik der Abziffern gefordert worden, um den durch die Ausstellung erzielten unmittelbaren Absatz deutscher Erzeugnisse festzustellen. Die gewünschte Statistik läßt aber schon aus dem Grunde auf Schwierigkeiten, weil es nicht allein auf die Verkäufe in der Ausstellung selbst ankommt, sondern auch auf die Lieferungen, die auf Grund von Aufträgen, die den Ausstellern während oder nach der Ausstellung infolge ihrer Beteiligung zugegangen sind, zur Ausführung gelangen. Außerdem ist zu beachten, daß der geschäftliche Vorteil für den einzelnen Aussteller nicht in den eigentlichen, auf der Ausstellung getätigten Verkäufen, sondern in der Steigerung derjenigen Aufträge liegt, die sich infolge der durch die Verschönerung der Ausstellung gemachten Bekanntheit und infolge der damit verbundenen Zusammenkunft mit der Ausstellung erfolgten. Weiter tritt in die Erscheinung, daß sich zwar die Aufträge bereits während der Dauer der Ausstellung steigern, aber ebenfalls ohne Bezugnahme auf die Ausstellung erteilt werden, daher schwer festzustellen ist, ob es sich um eine Steigerung des Absatzes aus allgemeinen Gründen oder infolge der Verschönerung der Ausstellung handelt. Im übrigen ist noch darauf hinzuweisen, daß die Beteiligung an Ausstellungen wesentlich unter allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Interesse großzügiger Propaganda für deutsche Erzeugnisse, sowie zu Zwecken internationaler Repräsentation des Deutschen Reichs und der deutschen Industrie erfolgt, und mithin mehr auf den mittelbaren, schwer nachweisbaren Erfolg als auf den unmittelbaren Absatz berechnet ist.

(Berlin, Verlag von Jul. Springer) auf, um auf neue die Schäden, speziell der deutschen Sozialversicherung, nachzuweisen.

Professor Bernhardt spricht in seiner genannten Schrift von einer Ausnutzung der Arbeiterversicherung durch eingebildete und bewußt vorgetäuschte Krankheitszustände, von einer Vergeßlichkeit nach Rentenbewilligung, die auf ein sehr bedenkliches Schwanken der beiden zuverlässigsten Faktoren der nationalen Berufskraft, der Arbeitsfreudigkeit und des sittlichen Verantwortlichkeitsgefühls schließen lassen. Die Tätigkeit von Winkelschneidern und Arbeitersekretären begünstigt die Prozedur, die Simulation und die Rentenucht der Arbeiter. Professor Bernhardt hat zum Nachweis seiner Behauptungen medizinische Literatur in großem Umfange verwandt. Nach Bernhardt soll es häufig vorkommen, daß die Versicherten sich bemühen, den Heilerfolg zu vereiteln, wodurch die Dauer der Heilungsprozesse wesentlich verlängert wird. Zu der Simulation treten vielfach die bewußte Täuschung des Arztes. Auf diese verweist Bernhardt auf die parteipolitische Ausnutzung der Einrichtungen unserer Sozialversicherung durch die Sozialdemokratie, und fügt die Bemerkung bei, daß Zentrum würde genau dasselbe Rezept verfolgen.

Simulation und ähnliche Dinge werden selbstverständlich immer vorkommen, aber das beweist im Prinzip nichts gegen die Sozialversicherung. Jede segensreiche Einrichtung läuft Gefahr, von gewissenlosen Menschen mißbraucht zu werden. Daß nun Heilungen in großem Umfange hintangehalten werden, das erscheint doch sehr zweifelhaft. Erstens, weil jeder vernünftige Mensch doch ein Interesse daran hat, möglichst bald wieder in den Vollbesitz seiner Kräfte zu gelangen und zweitens, weil die Menge, die evtl. in Aussicht steht, doch um einen sehr großen Teil geringer ist als das, was der gesunde Arbeiter verdienen kann. Wirtschaftlich wird solches Verfahren ein sehr schlechtes Geschäft bedeuten. Der Rentenhygiene der Simulation ist doch schließlich unsere medizinische Wissenschaft gewachsen. Strenge Kontrolle durch die Aufsichtsorgane lassen die Mißstände auf ein Minimum herabsinken. Die Arbeitersekretäre werden es sich verbitten, die Leute schließlich zu einer unerbittlichen Ausnutzung der Sozialversicherung verleiten zu haben.

Wenn nun Bernhardt von einem Rückgang des Verantwortlichkeitsgefühls, Gefährdung der Volkskraft usw. spricht, so hat man doch alle Veranlassung, die Wirkungen der Sozialversicherung in etwa näher anzusehen. Vorzügliches Material bietet eine Abhandlung des Direktors des Bayerischen Statistischen Landesamts, Dr. Zahn, veröffentlicht in Heft 6 der Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-wissenschaft. Zahn sucht die Frage zu beantworten: Wie wirkt die Arbeiterversicherung auf das Budget des Arbeiters, des Arbeitgebers und auf den öffentlichen Haushalt.

### I.

Rechtlich liegt die Beeinflussung durch die Sozialversicherung vollständig klar. Der Arbeiter hat Beiträge zu leisten für die Krankenversicherung, deren Höhe die Satzungen der Krankenkassen in Prozent des Lohnes festsetzen, sowie Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, deren Höhe das Gesetz selbst bestimmt. Für die Unfallversicherung hat er nichts zu zahlen. Das Verhältnis der Beiträge des Arbeiters zu denen des Unternehmers stellt sich bei der Krankenversicherung wie 2:1, bei der Invalidenversicherung wie 1:1. Von 1885 bis 1909 betragen die Beiträge der Versicherten zur Kranken- und Invalidenversicherung 4270 Millionen Mk. (2998,8 Millionen für Krankenversicherung und 1271,2 Millionen für Invalidenversicherung), die Beiträge der Arbeitgeber 4817,5 Millionen Mk. (auf die Krankenversicherung entfielen 1351,3, auf die Unfallversicherung 2195,0, auf die Invalidenversicherung 1271,2 Millionen Mk.). Der Reichszuschuß zur Invalidenversicherung betrug von 1891 bis 1909 587,2 Millionen.

Was nun die Belastung des Arbeiterbudgets angeht, so stellte Fräsehoff, der Vorsitzende der Dresdener Ortskrankenkasse fest, daß ein Arbeiter bei 1600 Mk. Jahresbezug für Krankenversicherung 2,33, für Invalidenversicherung und Hinterbliebenenversicherung 0,58, zusammen 2,91 Proz. seines Lohnes zahlt. Nach den Untersuchungen, die Dawson angestellt hat, bewegen sich in einer Reihe von Betrieben die Arbeiterbeiträge zur Krankenversicherung zwischen 1-5 % des Lohnes, (in der Regel zwischen 3-4 Proz.), zur Invalidenversicherung zwischen 1/2 Proz. des Lohnes bei gelehrten und 1/4 bis 1 Proz. des Lohnes bei niedrig gelohnten Arbeitern. Die Gesamtbelastung des Arbeiters durch die Arbeiterversicherung betrug demnach im allgemeinen 3-3,4 Proz. des Lohnes. Bei einem Vergleich der Belastung der deutschen Arbeiter mit der der englischen ergibt sich, daß der englische Arbeiter für die Arbeiterversicherung weniger bezahlt als der deutsche, dafür ist die deutsche Fürsorge aber wesentlich umfassender.

Dieser Belastung des Arbeiters stehen die Vorteile aus der Sozialversicherung gegenüber. Die Zahl der gegen Krankheit Versicherten betrug im Jahre 1910 14 Millionen, gegen Unfall 24,2 Millionen, gegen Invalidität 15,7 Millionen. Durch die Sozialversicherung haben die Versicherten in den hauptsächlichsten Notfällen des Lebens einen gesetzlich gewährleisteten Anspruch auf Unterstützung. Rund 100 Millionen Erkrankte und Unfallverletzte, Erwerbsunfähige und deren Angehörige haben in der Zeit von 1885 bis 1910 Entschädigung erhalten. Die letzteren belaufen sich auf 8,4 Milliarden Mark. Davon bezifferten sich die Leistungen der Krankenversicherung auf 4,3, die der Unfallversicherung auf 2,0 und die der Invalidenversicherung auf 2,1 Milliarden Mark. Rund 2 Millionen Mark gelangen täglich für diese Arbeiterfürsorge zur Verwendung. Die Leistungen der Sozialversicherung verteilen sich auf die Versicherten selbst wie auf ihre Angehörigen. Sie sind keineswegs nur vorübergehender Art, sie werden nicht selten auf Monate, Jahre und selbst auf Lebenszeit gewährt. Vielfach erfolgt eine energische Bekämpfung der Ursachen, die Störungen des Erwerbslebens veranlassen. Durch die vorbeugende Tätigkeit der Arbeiterversicherungsorgane ist die Arbeiterversicherung geradezu Grund- und Eckstein für unsere krankheitsvorbeugende Sozialhygiene geworden. Die erwachsene Arbeiterschaft ist dank den vorbeugenden Maßnahmen der Arbeiterversicherung jetzt weniger den Gefahren der Krankheit und Invalidität ausgesetzt und erscheint gegen sie widerstandsfähiger. Das heranwachsende Geschlecht entfällt sich von vornherein gesunder und kräftiger. Zum mindesten wird eine Hinauschiebung der Invalidität erzielt, die übrigen Schichten der Bevölkerung werden mehr als früher vor Anberührung, z. B. Tuberkulose, bewahrt und andererseits zu gesundheitsmächtigerem Leben erzogen. Hierin liegt auch der Hauptgrund des Rückgangs der Sterblichkeit in Deutschland. Diese betrug 1880 27,5, 1910 16,2 vom Tausend der Bevölkerung.

Die Befürchtungen, daß die Löhne um die betreffenden Beitragsstufen, die der Arbeitgeber aufzubringen hat, sich verringern

würden, sind nicht eingetreten. Calwer, der jegige Herausgeber der „Konjunktur“ berechnet, daß die Löhne um 37% gestiegen sind, die Lebensmittelpreise hingegen um 25%. Sehr wichtig ist, daß der Arbeiter bei Empfang der Versicherungsleistung seine volle Selbstständigkeit behält, sowie auch den Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte. Er tritt nicht auf als Untertanenempfänger, sondern fordert die Leistungen der Sozialversicherung als sein wohlverworrenes Recht. Das Selbstgefühl, das Bewußtsein des persönlichen Wertes, wird dadurch gestärkt. Die Arbeiterschaft gewinnt durch Mitwirkung bei Vollzug der Versicherungsgesetze eine größere Rechtskenntnis und Rechtssicherheit wie auch ein tieferes Vertrauen zur Rechtsprechung selbst. Was die Rentenhygiene angeht, so sagt Zahn, die demoralisierende Nebenwirkung der Rentenhygiene spiele nur eine untergeordnete Rolle und sei so wenig normale Begleiterscheinung wie bei der Feuerversicherung der von dem Versicherten selbst herbeigeführte Brandschaden. Zur Ehre der deutschen Arbeiterschaft müsse betont werden, daß sie selbst in wirksamer Weise bemüht sei, die Simulation zu entlarven und rücksichtslos die diesbezüglichen Kontrollmaßnahmen zur Anwendung zu bringen. Ganz irrig sei die Behauptung, die Arbeiterversicherung nehme die Selbstverantwortung, gerade das Gegenteil gelte. Die Invalidenversicherung habe die vielen Millionen Arbeiter, die für die freiwillige Versicherung unerschwinglich sind, aus ihrer Lethargie und Beschäftigungslosigkeit emporgehoben, sie sozialpolitisch und hygienisch erzogen. Alles in allem erwachse im Zeichen der Arbeiterversicherung eine körperlich und geistig leistungsfähigere, arbeitstüchtigere, konsumkräftigere und zugleich sozial gehobene Arbeiterschaft, eine Bilanz, mit welcher der Gesetzgeber der Arbeiterversicherung wohl zufrieden sein kann.

— Schluß folgt. —

## Die Unternehmungsformen.

### III.

Wirtschaftlich die meiste Ähnlichkeit mit den das letzte Mal besprochenen stillen Gesellschaften haben die Kommanditgesellschaften, wenn sie auch rechtlich nicht jenen, sondern den offenen Handelsgesellschaften gleichen. Diese Gleichheit geht so weit, daß alle handelsrechtlichen Vorschriften, welche für jene gelten, auch für sie Kraft haben, sofern nicht im Handelsgesetz ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Das Wesen der Kommanditgesellschaft besteht darin, daß zwei oder mehr Personen ein kaufmännisches Gewerbe betreiben, von denen einer mindestens unbeschränkt mit seinem ganzen Vermögen den Gesellschaftsgläubigern haften muß, während die Haftbarkeit wenigstens eines Gesellschafters auf seine Einlage beschränkt bleibt. Es ist selbstverständlich, daß der Wille, eine beratige Gesellschaft zu errichten, auch äußerlich in die Erscheinung treten muß; dies geschieht in dem auch für die übrigen Verhältnisse der Gesellschaft unter sich maßgeblichen Gesellschaftsvertrag. Die beschränkt haftenden Gesellschafter heißen Kommanditisten, die unbeschränkt haftenden Gesellschafter Komplementäre. Diese Worte deuten schon darauf hin, daß die Gesellschaft keine ursprüngliche deutsche Rechtsform ist, sondern in Italien ihre Heimat hat.

Um im Verhältnis dritten gegenüber durchaus rechtswirksam zu sein, ist es nötig, daß die Gesellschaft als solche im Handelsregister eingetragen wird. Erst nach der Eintragung kann sich der Kommanditist einem etwaigen Gläubiger gegenüber auf seine beschränkte Haftbarkeit berufen, sofern diesem die Tatsache nicht schon vorher bekannt war. In der Regel haftet deshalb der Kommanditist für alle Geschäfte, die von der Gesellschaft vor der Eintragung ins Handelsregister unternommen werden, mit seinem ganzen Vermögen. Die Anmeldung zum Handelsregister muß die gleichen Angaben enthalten, wie bei der offenen Handelsgesellschaft: den Namen, Vornamen, den Stand und Wohnort jedes Gesellschafters; die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat; den Zeitpunkt, mit welchem die Gesellschaft begonnen hat. Außer diesen, auch von der offenen Handelsgesellschaft zu machenden Angaben, sind von der Kommanditgesellschaft auch noch die Kommanditisten zu bezeichnen und den Betrag der Einlagen eines jeden. Die Eintragung in das Handelsregister ist, wie wir schon gehört haben, von besonderer Bedeutung — und mit vollem Recht. Denn die Eintragung in dieses von den Amtsgerichten geführte Verzeichnis steht jedem frei. Gerade wegen dieser Deffektivität bedürft ja das Handelsregister einer außerordentlichen Rechtssicherheit, denn jeder, der Interesse hat, kann sich vorher wenigstens über die maßgebenden Verhältnisse erkundigen.

Für das Verhältnis der Gesellschafter unter sich ist in erster Linie der Gesellschaftsvertrag maßgebend, und nur, wo dieser Lücken läßt, treten die gesetzlichen Bestimmungen ein. Nach diesen haben die Kommanditisten nur sehr beschränkte Rechte, entsprechend ihrer beschränkten Haftbarkeit. Im Gegensatz zu den Gesellschaftern der offenen Handelsgesellschaften haben die Kommanditisten weder das Recht der Vertretung ihrer Gesellschaft, noch ein Recht auf irgend welche Geschäftsführung. Beide Befugnisse liegen ausschließlich in den Händen der persönlich haftenden Gesellschafter. Wenn nun auch der Kommanditist einer Handlung eines solchen nicht widersprechen kann, so hat er doch ein Recht, bei Handlungen mitzusprechen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgehen. In seiner Beschränkung der Rechte ist der Kommanditist dem stillen Gesellschafter ähnlich gestellt. Er hat ebenfalls ein Recht wie dieser, die Geschäftsbücher einzusehen, jedoch kann er eine abschließliche Mitteilung der jährlichen Bilanz verlangen, und es steht ihm auch frei, ihre Richtigkeit unter Einsicht der Papiere und Bücher zu prüfen.

Für die Pflichten des Kommanditisten ist die öffentliche Beurkundung des Handelsregisters, also der dort gemachte Eintrag, von der größten Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß der Kommanditist verpflichtet ist, eine Einlage zu machen. Gilt nun das Handelsregister einen höheren Betrag an, als tatsächlich ausgemacht ist, so können sich die Gläubiger unter allen Umständen auf diese Summen berufen. Ist der Registerbetrag dagegen tatsächlich niedriger als die tatsächlich vereinbarte Einlage, so bleibt die letztere doch dem Gläubiger haftbar. Der Kommanditist haftet diesem bis zur Höhe seiner Einlage unbeschränkt und unmittelfach. Jeder Gläubiger kann also von ihm bis zur Höhe seiner Haftpflicht die Gesellschaftskasse verlangen. Der Kommanditist hat kein Recht, etwa eine Verteilung des Anspruchs nach dem Verhältnis der tatsächlichen Einlage zu verlangen. Die sog. persönlich haftenden Gesellschafter haften, wie die der offenen Handelsgesellschaft mit ihrem ganzen Vermögen.

Nach ein Wort über die Verteilung von Gewinn und Verlust. Wie bei der offenen Handelsgesellschaft er-

läßt jeder Gesellschafter vom Gewinn zunächst 4 Proz. seines Kapitalanteils. Die Verteilung des weiteren Gewinnes nun erfolgt nicht wie bei der offenen Handelsgesellschaft, bei der er nach Köpfen gleichmäßig verteilt wird. Wie das Verteilungsverhältnis ist, wird nachstehend nicht bestimmt, im Gehege heißt es nur, daß die Verteilung des übrigen Gewinnes nach angemessenem Verhältnis der Anteile als Ausbeugungen gilt. Der Fall wird wohl kaum vorkommen, daß der Gesellschaftsvertrag über diesen wichtigen Punkt eine eingehende Bestimmung enthalten wird. Wie weit der Kommanditist am Verlust beteiligt sein kann, geht aus dem Gesagten hervor. Im übrigen wird aber auch hier eine im Verhältnis zu den Kapitaleinlagen gerechte Verteilung stattzufinden haben. Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt nicht durch den Tod eines Kommanditisten, dagegen ist dies der Fall beim Konkurs eines solchen und ebenso beim Tod eines persönlich haftenden Gesellschafters. Ebenso kann die Auflösung, wie bei der offenen Handelsgesellschaft, durch Kündigung erfolgen.

Der wirtschaftliche Charakter der Kommanditgesellschaft hat, wie schon erwähnt, große Ähnlichkeit mit der stillen Gesellschaft. Der erste Vorteil für den eigentlichen geschäftsführenden Unternehmer besteht in der Vergrößerung seines Geschäftsfonds, ohne daß er dadurch in seiner Beweglichkeit irgendwie gehemmt würde. Sind allerdings noch mehrere persönlich haftende Gesellschafter in der Gesellschaft, die an der Geschäftsführung teil haben, so trifft das letztere nicht zu. Wohl aber ist dann in den meisten Fällen ein Mitarbeiter vorhanden, der an dem Blühen und Gedeihen der Unternehmung selbst das größte Interesse hat. Für den Kommanditisten besteht allerdings eine gewisse Gefahr, indem er ja eine eigentliche Kontrolle über die angewandte Verwendung seiner Kapitaleinlage nicht hat. Volkswirtschaftlich besteht der Vorteil, daß sich Kreise mit ihren Kapitalien an Unternehmungen beteiligen können, denen die Tätigkeit eines Gewerbetreibenden fast ausgeschlossen ist.

Eine Art der Kommanditgesellschaft ist die Kommanditgesellschaft auf Aktien. Ihr wesentlicher Unterschied besteht darin, daß neben den persönlich haftenden Gesellschafter einer oder mehrere Kommanditisten mit ihren Einlagen auf das in Aktien erhaltene Grundkapital haften. Für diese Gesellschaftsform sind teils die Vorschriften der Kommanditgesellschaft, teils die der Aktiengesellschaft maßgebend. Wir werden daher bei der folgenden Besprechung über die Aktiengesellschaft noch einmal darauf zurückkommen.

### Allgemeine Rundschau.

#### Zum 70. Geburtstag des Freiherrn v. Berlepsch.

Am 30. März d. J. begeht ein Mann seinen 70. Geburtstag, der uns christlichen Gewerkschaftler schon lange kein Fremder mehr ist, der von uns allen hoch geachtete Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Staatsminister Frhr. v. Berlepsch. Wenn wir uns heute rühmen dürfen, daß unser Vaterland auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform an der Spitze der Kulturländer steht, so soll nicht vergessen werden, daß Frhr. v. Berlepsch allzeit einer der ersten unter jenen Männern war, die in selbstloser und hingebender Arbeit geholfen haben, die soziale Gesetzgebung zu schaffen und dem Gedanken der Sozialreform gegen eine Welt von Mißverständnissen, Hindernissen und Widerständen zum Siege zu verhelfen.

Seine Staatslaufbahn begann Frhr. v. Berlepsch in den 80er Jahren als Landrat in Oberschlesien, später wurde er Regierungspräsident in Düsseldorf und für kurze Zeit Oberpräsident der Rheinprovinz. Die Umgebung, in die er hier gestellt wurde, war so recht geeignet für einen sozialen, warmführenden Menschen, wie er es war, mit den Ältesten und Schwermüttern und den Wünschen der Arbeiterchaft bekannt zu werden. Eine scharfe Beobachtungsgabe, gepaart mit dem ersten Willen, Mißstände zu beseitigen, ließ in ihm die Ideen reifen, zu deren Durchführung ihn der junge Kaiser und König Wilhelm II. im Jahre 1890 in das preussische Handelsministerium berief. Am 4. Februar 1890 ergingen die berühmten Arbeitererlasse des Kaisers, von denen der eine die internationale Verständigung über den Arbeiterschutz förderte, der andere den deutschen Arbeitern ein höheres Maß von Schutz für Leben und Gesundheit und die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern in Aussicht stellte. Schon im März desselben Jahres fand die bekannte und berühmte deutsche internationale Konferenz der Industriestaaten Europas in Berlin statt. Freiherr v. Berlepsch war ihr Vorsitzender. Die gesamte Sozialpolitik hat durch diese Konferenz einen starken Anstoß erhalten.

Der in den 80er Jahren geschaffenen Arbeiterversicherung folgte nunmehr die lang geforderte Reform der Arbeiterentgeltgesetzgebung. Noch im selben Jahre legte Frhr. v. Berlepsch dem Reichstage seine Vorschläge zu einer Neugestaltung der wichtigsten Teile der Gewerbeordnung vor. Erweiterung und Verschärfung der Sonntagsruhe, Sicherung der Lohnzahlung, Durchführung der Fortbildungsschule, gesundheitlicher und sittlicher Schutz der Arbeiter in den Betrieben, hygienischer Maximalarbeitszeit für Männer, Höchstarbeitszeit für Frauen, Besserordnung der Arbeit für jugendliche Arbeiter, Verbot gefährlicher Arbeit für Frauen und Jugendliche, Verschärfung der Fabrikaufsicht; das war der bedeutendste Inhalt der Reformen dieser Arbeiterentgeltgesetze, die mit dem Namen des Freiherrn von Berlepsch ewig verbunden bleiben. Gleichzeitig wurde der Beitrag für Arbeiterstatistik eingeführt.

Dieses energische Vorgehen in der Sozialpolitik weckte jedoch mächtige Gegner gegen diesen sozialen Minister, denen es leider unter dem Reichskanzler Fürst Hohenlohe gelang, ihn durchzusetzen. Der Minister v. Berlepsch nahm seinen Abschied — aber der Sozialpolitiker v. Berlepsch arbeitete als Privatmann um so eifriger weiter. Er begründete im Jahre 1897 die „Soziale Praxis“, im Jahre 1900 die Internationale Bewegung für gesetzlichen Arbeiterschutz und am 6. Januar 1901 die Gesellschaft für soziale Reform, wo sich seither bürgerliche Sozialreformer aller Richtungen mit den nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenfanden.

Kurz, unermüdet hat Frhr. v. Berlepsch in Wort und Schrift für den sozialen Fortschritt gewirkt. Er hat sich stets als aufrichtiger Freund der arbeitenden Stände gezeigt, für die er praktische Gleichberechtigung und ein freies Koalitionsrecht forderte. Mehrfach hat er auch als Vermittler und Schlichter bei Arbeitskämpfen mit Erfolg dem sozialen Frieden gedient. So steht Staatsminister Frhr. v. Berlepsch vor uns als ein Mann, der in der Sozialreform Bahnbrecher und Führer wurde in der Ueberzeugung ihrer Staatsnotwendigkeit, als ein Mann voll Pflichttreue und Lauterkeit.

Es ist deshalb für uns christliche Gewerkschaftler ein Herzbedürfnis, am Ehrentage des Frhr. v. Berlepsch mit dem Danke für seine opferbereite Arbeit dem Wunsche Ausdruck zu geben: Möge uns der Freund und Führer der Sozialreform, der Meister des internationalen Arbeiterschutzes noch recht lange in voller geistiger und körperlicher Frische erhalten bleiben!

### Christliche Gewerkschaften und evangelische Jugendvereine

Wie in den evangelischen Arbeitervereinen, so hat man auch in den evangelischen Jugendvereinen lange Zeit hindurch nicht zu einer klaren Stellung zur Gewerkschaftsfrage gelangen können. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung aber zwingt die Jugendvereine, sich mit der Gewerkschaftsfrage zu befassen und drängt auf eine Klärung der Ansichten hin. Die große Mehrzahl der evangelischen Jugendvereine hat sich schon entschieden und zwar für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Das Sprachrohr der evangelischen Jugendvereine Westdeutschlands, der „Deuchturm“, hat sich schon seit Jahren mit allem Nachdruck für die Förderung der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Nenerdings äußert sich das Verbandsblatt der Dresdener evangelischen Jugendvereine, „Der Jünglingsfreund“ (Nr. 1, 1913) zu der Frage wie folgt:

„Wer mit Erfolg arbeiten will, muß den Grundsatz der Arbeitsteilung vertreten. Die evangelischen Jugendvereine sind Gewinnungsvereine. Die Vertretung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder gehört nicht zu ihrem Aufgabenkreis. In den christlichen Gewerkschaften sind Organisationen entstanden, die als Weggenossen von uns auszusprechen sind. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf christlichem und nationalem Boden und arbeiten mit gesetzlichen Mitteln an der kulturellen Hebung ihrer Anhänger. Sie sind die Berufsorganisationen für unsere Mitglieder aus dem Arbeiterstand. Denn die vaterländische und religiöse Ueberzeugung des Einzelnen wird in den christlichen Gewerkschaften hochgehalten und respektiert. Ja, die christlichen Gewerkschaften legen ihren Mitgliedern sogar den Beitritt zu den konfessionellen Ständes- und Jugendvereinen nahe in der Ueberzeugung, daß ohne die rechte Gesinnung des Arbeiters seine Organisationen auf die Dauer nur Fiktion sein können. Im Interesse der Zukunft unserer Vereine empfehlen wir an dieser Stelle nachdrücklich ein planmäßiges Hand-in-handarbeiten mit den christlichen Gewerkschaften.“

### Am Niederrhein 17 000 Textilarbeiter ausgesperrt.

In der niederrheinischen Seidenmetropole Cresfeld stehen die Färber seit einigen Wochen im Streit. Von den rund 2600 Arbeitern und Arbeiterinnen dieser Branche gehören über 90% dem sozialdemokratischen und die übrigen dem christlichen Textilarbeiterverband an. Beide Verbände haben gemeinsam seit Oktober 1912 die Lohnbewegung geführt, gemeinsam traten auch die Mitglieder beider Verbände am 21. Februar in den Streik. Die bisherigen Wochenlöhne bewegten sich für ausgeübte Arbeiter von 18—25 Jahren und darüber je nach dem Alter zwischen 20 und 28 Mark. Sechs gesetzliche Feiertage wurden vergütet, die Arbeitszeit betrug 10 Stunden täglich.

Die Unternehmer haben nun Lohnerhöhungen von 1,50 Mk. pro Woche und Arbeiter zugestanden, ferner die Bezahlung eines weiteren Feiertages und endlich eine Arbeitszeitverkürzung von 1 Stunde an Sonn- und Feiertagen. Die Bewilligungen bedeuten eine Verbesserung der Löhne usw. von durchschnittlich 7% im Gesamtbetrage von 252 000 Mk. pro Jahr. Obwohl der sozialdemokratische Textilarbeiterverband diese Zugeständnisse als „nicht unbedeutend“ bezeichnete, besteht er auf der Bewilligung der Forderungen bis zum Tüpfelchen auf dem i. Die Arbeitgeber hingegen erklärten, mit Rücksicht auf die gesamte in- und ausländische Konkurrenz nicht weiter entgegen kommen zu können und verhängten die Generalaussperrung über die gesamte Textilarbeiterchaft des Niederrheins.

Da die noch vorhandenen Differenzpunkte materiell geringfügig sind, sprachen sich zahlreiche stark besuchte Versammlungen des mit 6000 Mitgliedern beteiligten christlichen Textilarbeiterverbandes für Beendigung des Kampfes aus. Die Haltung des sozialdemokratischen Verbandes mutete einen recht sonderbar an. In seinen eigenen Domänen sei er in den letzten Jahren sämtlichen großen Ausperrungen gegenüber wesentlich aus dem Wege gegangen und zwar, ohne Erfolge in der vorliegenden Höhe verzeichnen zu können. Seine Halsstarrigkeit hier am Niederrhein habe also mit Arbeiterinteressenvertretung wenig gemein, zumal durch die Ausperrung das bis jetzt Ertrugene noch in Frage gestellt werde. Die Haupttriebfeder des roten Verbandes für sein Verhalten sei wohl die Absicht, den im Verhältnis der Mitgliederzahlen von der Ausperrung fünfmal stärker betroffenen christlichen Verband einmal ordentlich bluten zu lassen. Daß dem sozialdemokratischen Verband übrigens gewerkschaftliche Erfolge für die Arbeiter Sekula sind, zeigt sich auch darin, daß in der roten Domäne Elberfeld-Barmen Streikarbeit gemacht wird.

### Die Ausperrung im Malergewerbe

hat trotz aller Bemühungen der treibenden Kräfte nicht den vom Arbeitgeberverband gewollten Umfang angenommen. Bis Ende der vorigen Woche waren inklusive der selbst in den Streik getretenen Gehilfen beim christlichen Malerverband gemeldet 1267, bei der freien Gewerkschaft 1494 Betroffene, wozu noch einige Dutzend-Dunderdutzend Organisierte kommen dürften. Bei 50 000 bei Verbandsmeistern in Arbeit stehenden Organisierten ist die Zahl also recht mäßig. Der vom Arbeitgeberverband ausgebrochene Streit der Ausperrung, die Gewerkschaftslisten zu leeren, um dann Herr der Situation zu sein, dürfte unter diesen Umständen so leicht nicht zu erreichen sein, da die Hilfsorganisationen einheitlich die Kartenzensur zum Bezuge der Unterlösungen verhängen und für die nichtbetroffenen Mitglieder Ertragsbeiträge angefordert haben. Das — falls es not tun sollte — auch die anderen Berufsverbände die Maler in dem angebrochenen Kampfe unterstützen werden, dürfte bei dem ausgeprochenen Solidaritätsgefühl der Arbeiterchaft die Schanzmacher noch unliebsam verpöhlen.

Nachdem der Arbeitgeberverband sich durch die Ablehnung der von ihm gewünschten Schiedsprüche der selbstgewählten Unparteiischen der Deffinitivität gegenüber in eine recht unangenehme Lage gebracht hat, vertritt er in Annoncen und Erklärungen in der Tagespresse die Schwächung am Kampfe auf die Gehilfenchaft abzuwälzen. Die Gehilfen sind jedoch in der

glücklichen Lage, durch ausreichendes und sichhaltendes Material diese Freiführung der öffentlichen Meinung zu verhindern. Wie über den Parteien stehende über die Ausperrung und ihre Beweggründe denken, zeigt u. a. ein Artikel in der „Sozialen Praxis“. Wir lesen da: „In der beschlußfassenden Versammlung der Berliner Malergesellschaft hat der Berliner Obermeister Kruse geradezu sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Arbeitgeber den Anfang mit dem Kampfe machen müßten. Die Tatsache eben, daß drei von den Malermeistern selbst berufene Unparteiische in ihrem Schiedsprüche die Forderungen, gegen die jetzt der Ausperrungskampf geht, für den ertäglichen Interessen ausgleich erklärt haben, stimmt nicht nur die unbeteiligte öffentliche Meinung, sondern auch die beteiligten Malermeister bedenklich, ob sich ein Schiedspruch darum lohne und ansichtsreich sei. Die Malergehilfen haben sich mit der Abschlagnahme der Schiedsprüche begnügt, weil auf friedlichem Wege nicht viel mehr zu erreichen war; aber sie haben allem Anscheine nach auf ebensoviel verzichten müssen, wie den Arbeitgebern in dem Schiedspruch an Versätzen zugemutet ist. Mühte angesichts dieser Schlichte, nachdem die Parteien monatelang ihren Friedenswillen beiderseits bekundet haben, notwendig jetzt noch ein allgemeiner Kampf, der voraussichtlich angesichts der Stärkeverhältnisse der Parteien an dem Gesamtergebnis nicht viel ändert, aber dem Gewerbe schwere Wunden schlagen kann, entfesselt werden?“

Die „Soziale Praxis“ bezeichnet zum Schluß mit Genugtuung, daß der Staatssekretär des Innern einen neuen Versuch machen wird, den Kampf durch eine Besprechung der Führer beider Lager unter Beteiligung der Unparteiischen rasch ein Ende zu machen. Dazu ist zu bemerken, daß die Hilfsorganisationen allerdings ihre Bereitwilligkeit an einer solchen Konferenz teilzunehmen, ausgesprochen haben; vom Arbeitgeberverband jedoch darüber nichts verlautet, so daß die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Kampfes wohl verfrüht sein dürfte.

Auch die Unparteiischen, die Herren Dr. Brenner, von Schulz und Rath erlassen in Nr. 3 der von ihnen herausgegebenen Zeitschrift „Das Einigungsamt“ eine Erklärung, welche mit den von den Malermeistern zur Ablehnung der Schiedsprüche vorgebrachten „Gründen“ ziemlich unfaust abrechnet. So wird gegenüber der Behauptung, der Schiedspruch verpflichte die Meister, innerhalb 6 Monaten paritätische Arbeitsnachweise einzuführen, folgendes ausgeführt: „Weder auf Grund des Vertragschemas, noch des Schiedspruches kann nach wie vor auf keinem Wege, also auch nicht durch Beschluß der Ortsämter ein Vertragsteil tariflich gezwungen werden, gegen seinen Willen einen paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten. Alles beruht nur auf gegenseitiger Vereinbarung. Die Ortsämter haben nur zu prüfen, ob eine derartige Vereinbarung zu erzielen ist.“ An diese Klarstellung fügen die Unparteiischen die Worte: „Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse, in diesem Hauptstreikpunkt eine maßgebende Auslegung zu erfahren und damit die Dinge klar zu sehen.“

### Ein rentabler Wollshaus-Bankrott.

Das von der sozialdemokratischen Partei und den „freien“ Gewerkschaften in Köln unterhaltenen Wollshaus war bekanntlich in Konkurs geraten und zwangsweise versteigert worden. Für eine Million Mark hatten die Kölner Sozialdemokraten das Anwesen seinerzeit erworben, für 499 000 Mark, also kaum die Hälfte des Kaufpreises, wurde es bei der Zwangsversteigerung losgeschlagen und für etwa eine halbe Million Mark, wie die sozialdemokratische Rheinische Zeitung mitteilt, haben es die — Kölner Sozialdemokraten jetzt wieder gekauft. Also eine fette Wette nach berüchtigtem Muster, bei der die Kölner „Genossen“ ein smartes Geschäft gemacht haben. Die Gläubiger — ausschließlich der Inhaber der ersten Hypothek — haben eine halbe Million bei dieser „kapitalistischen“ Sanierung eingebrochen und können nun als Leidtragende Betrachtungen darüber anstellen, daß der Begriff Privateigentum in der Sozialdemokratie eine sehr verschiedene Auslegung erfährt.

### Aus Wirtschaft und Technik.

#### Mitwirklichkeit mit Aufsichtsratsposten.

Jahr für Jahr könnte man aus dem Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte erfahren, schreibt die „Köln. Volksztg.“, daß eine große Mitwirklichkeit auf Grund mangelnder Gesetzesbestimmungen mit der Vergebung von Aufsichtsratsposten betrieben werde. Das Buch zähle in gewohnter Weise fleißig die Aufsichtsratsposten der einzelnen Fabrikbesitzer, Bankvertreter usw. auf. Einer derjenigen, die am reichsten mit Aufsichtsratsposten versehen sind, sei Karl Fürstenberg von der Berliner Handelsgesellschaft, der 40 Aufsichtsratsposten inne hat. Hugo Stinnes habe 38, Dr. Walther Rathenau 36, Aufsichtsratsposten. So gehe es weiter über die Größten und Großen bis zu den Kleinen und Kleinsten. Aber kein vernünftiger Mensch werde glauben, daß man in 40 Aufsichtsräten das leisten kann, was das Gesetz und die Aktionäre verlangen.

#### Die Preisconvention für Gas- und Siederöhre

ist verlängert worden, mit der Abänderung, daß die Kündigung nicht mehr mit 48tägiger Frist, sondern nur noch monatlich ausgesprochen werden kann. Die erste Kündigung kann am 31. März zum 1. April ausgesprochen werden. Jedes der Konvention angehörende Werk hat am Ende eines jeden Monats an die Geschäftsführung die ehrenwörtliche Erklärung abzugeben, daß es die Konventionsbestimmungen genau eingehalten und gegen die Vereinbarungen weder direkt noch indirekt verstoßen hat. Ferner haben sich die Werke verpflichtet, den Händlern nur für dasjenige Gebiet zu verkaufen und zu liefern, in dem sie anständig und eingetragen sind. Die Rabatte für schwarze und verzinkte Gasröhren wurden für die verschiedenen Abmessungen etwas reguliert und genau festgelegt. Die Gasröhrenkonvention für das Ausland besteht ebenfalls unverändert weiter, und die bisherigen Preise und Bedinungen sind unverändert bestehen geblieben.

#### Geschäftsergebnisse.

Die Donnerzmarkthütte in Zabrze D./Schl. verteilt nach 2 Millionen Mark Abschreibungen und 1 Million Mark Rückstellungen 20 Proz. Dividende gegen 16 Proz. im Vorjahre. — Das Eisenhüttenwerk Thale erzielte nach 750 000 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 3 463 000 Mk. zu folgender Verwendung: Reserve 225 000 Mk., Deltreber 100 000

**Karl, Talonsteuer 7500 Mk., Arbeiter- und Wohlfahrtsfonds 115 000 Mk., Dividende 20 Proz. gleich 1 500 000 Mk. (i. V. 18 Proz.), Lantienen 402 794 Mk., und Vortrag 1 113 649 Mk. Aus dem Vortrag sollen 500 000 Mk. verwandt werden zur Bestreitung der Kosten für Werksverbesserungen. — Die Schrauben- und Nietenfabrik F. W. de Fries in Hemer bezeichnet nach 91 000 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 255 000 Mk., davon werden 50 000 Mk. als 5 Proz. Dividende verteilt gegen 0 Prozent im Vorjahre. — Der Düsseldorf Röhrenindustrie brachte das Jahr 1912 nach Berechnung mit der Gesellschaften Begleitgesellschaft auf Grund des Gemeinschaftsvertrages 982 550 Mk. Bruttogewinn und nach 592 550 Mk. Abschreibungen 400 000 Mk. Reingewinn zu folgender Verwendung: 350 000 Mk. = 7 Proz. Dividende (wie im Vorj.) und 50 000 Mk. (wie im Vorj.) Lantieme. Nach dem Bericht des Vorstandes blieben die Inlandpreise der schmiedeeisernen Röhren, die für die Gesellschaft hauptsächlich in Betracht kommen, infolge des schon früher beklagten allgemeinen Wettbewerbs in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres unlohnend. In der zweiten Hälfte 1912 trat allerdings unter dem Einfluß einer im Mai gegründeten losen Preiskonvention für einige besonders wichtige Röhrensorten eine Besserung der Verkaufspreise auf dem Inlandmarkt ein. — Die Hübnerschen Eisenwerke in Wehlar erzielten für das Jahr 1912 einen Reingewinn von 1 115 927 Mk. zu welchem der Vortrag aus 1911 mit 239 740 Mk. noch hinzu tritt. Der Hauptversammlung soll folgende Gewinnverteilung vorgeschlagen werden: Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage 95 796 Mk., 7 Proz. Dividende auf 22 000 000 Mk. Aktienkapital gleich 1 540 000 Mk., vertragliche und sachgemäße Vergütung an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte 217 234 Mk., für gemeinnützige Zwecke und Belohnungen an Arbeiter werden 75 000 Mk. wie im Vorjahre vorgesehen. Es verbleibt dann ein Vortrag auf neue Rechnung von 227 637 Mk.**

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Fingzug fort.

**Dortmund-Schwerte.** Die Abteilung Drahtzug der Eisenindustrie ist zwecks Beseitigung von Mißständen gesperrt. **Serne.** Die Firma Bielea hat mit Ausnahme von eintausend älteren Leuten sämtliche Former und Gießereiarbeiter entlassen. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Dortmund-Witten.** Die Arbeiter des Drahtwerks stehen zwecks Abwehr eines Akordabzuges im Streit.

**Solingen.** Bei der Firma Rautenbach stehen die Former im Streit.

**Zugang ist fernzuhalten.**

**Wenden.** Der Kampf in Wenden ist beendet. Die Sperre ist aufgehoben.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 30. März der vierzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. März bis 5. April 1913 fällig.

**Aus dem Verbandsgebiet**

**Duisburg-Ortsverwaltung.** (Zur Beachtung für die Vertrauensmänner). Vor einigen Monaten wurde in einer allgemeinen Vertrauensmännerversammlung beschlossen, die Abrechnung spätestens bis zum 2. jeden Monats abzuliefern. Ein Teil der Vertrauensmänner hat den Beschluß nicht durchgeführt. In der letzten Sitzung des Vorstandes der Ortsverwaltung wurden die Vertrauensmänner erneut verpflichtet, die Abrechnung bis zum 2. jeden Monats zu vollziehen. Wir ersuchen unsere Vertrauensmänner, den Beschluß des Vorstandes in die Tat umzusetzen. Alle Mitglieder werden gebeten, durch pünktliche Beitragszahlung den Vertrauensmännern die rechtzeitige Abrechnung zu ermöglichen. Die Abrechnungszettel für den Monat März, müssen vollständig ausgefüllt werden. Der Betrieb, die Abteilung und die Wohnung müssen bei jedem Mitglied genau angegeben werden.

**Solingen.** Am Sonntag, den 23. Februar fand bei Kluth in Ohligs die diesjährige Kreisversammlung unserer Ortsverwaltung statt. Kollege Hebborn wies in seinem Jahresbericht darauf hin, daß im Berichtsjahr der Kampf zwischen den beiden sozialdemokratischen Verbänden in Solingen stärker, denn je getobt habe. Dadurch wären die Interessen der Solinger Arbeiter naturgemäß schwer geschädigt worden. Wenn trotz dieser Kämpfe der christliche Metallarbeiterverband im Berichtsjahr seine Mitgliederzahl steigern konnte, so sei das der beste Beweis dafür, daß die Solinger Arbeiterchaft im christlichen Metallarbeiterverband einen energischen Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen erbilde. Laut Rassenbericht sind im Berichtsjahr 44 265 Marken verkauft worden (5000 mehr wie 1911), mit einer Einnahme für die Hauptkasse von 23 691,55 Mk. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 8522,24 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 10 976,50 Mk. und eine Ausgabe von 8928,54 Mk. Ferner konnte Kollege Hebborn über eine Anzahl Bewegungen berichten, die den beteiligten Kollegen Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und sonstige Verbesserungen gebracht haben. Von der Geschäftsstelle wurden insgesamt 1925 Briefe und Karten, sowie 7714 Drucksachen verschickt. Demgegenüber gingen ein: 733 Briefe und Karten und 480 Drucksachen. Ferner hat der Geschäftsführer im Berichtsjahr in 175 Versammlungen Vorträge gehalten, außerdem an 121 Sitzungen und Konferenzen und an 38 Versammlungen teilgenommen. Alles in allem war das Jahr 1912 ein Jahr reger gewerkschaftlicher Tätigkeit. Zum Schlusse wies Kollege Hebborn auf die wichtigsten Aufgaben für die Zukunft hin. Vor allem müßten eine Reihe neuer Branchenaktionen geerdnet werden, damit die Interessen dieser Kollegen noch besser wahrgenommen werden könnten. Auch würde dadurch die Agitation mehr befördert. Vor allem müßte jeder Kollege mitwirken, daß in diesem Jahre die Zahl der christlichen Metallarbeiter weiter wachse im Interesse der Solinger Metallarbeiterchaft. Im Anschluß an den Bericht fand eine leb-

hafte Diskussion statt, in der die einzelnen Punkte näher erörtert und weitere Anregungen gegeben wurden. Verschiedene Diskussionsredner betonten, daß, wenn die Neubildung von Branchenaktionen Zweck haben sollte, unbedingt eine zweite Kraft angestellt werden müsse. Die Anstellung müsse sobald wie möglich geschehen, damit die günstigste Zeit ausgenutzt werden könne. Nachdem die Versammlung auf Antrag der Revisoren der Geschäftsleitung Entlastung erteilt hatte, wurden die Delegierten zur Bezirkskonferenz gewählt. Im Anschluß daran erfolgte die Wahl der Rassenrevisoren. Nachdem eine Reihe Anfragen an die Geschäftsleitung erliegt waren, wurde die imposant verlaufene Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Verband geschlossen.

**Kollegen!** Jetzt heißt es, mit verdoppeltem Eifer weitergearbeitet, damit uns das Jahr 1913 wiederum einen schönen Erfolg bringt. Vor allen Dingen muß jeder Kollege an dieser Aufgabe mitwirken.

**Bergen.** Die Marzhütte in Bergen unterscheidet sich schon als Staatsbetrieb von dem gleichnamigen Werk in der Oberpfalz, welsch letzteres sich in Privat Händen befindet. Der königliche Betrieb hat sich besonders auf Holzbearbeitungsmaschinen und Eisengießerei berlegt. Eine rentierliche Produktion wird durch die geographisch ungünstige Lage wesentlich erschwert. Es ist deshalb doppelt notwendig, daß ein solches Werk in jeder anderen Beziehung möglichst auf der Höhe steht, sowohl technisch wie auch in der Verwaltung.

Aber gerade in letzterer Beziehung häufen sich in den letzten Monaten die Klagen der Arbeiter über die verschiedensten Mißstände. Ein für jede Betriebsleitung höchwichtiges Kapital, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft, wird anscheinend gänzlich mißachtet. An dieser Stelle können nur einige Einzelheiten Erwähnung finden. Eine große Mißstimmung der Arbeiterschaft richtet sich gegen das rigore Straßsystem und gegen die unverschuldeten Lohnabzüge. So wurde wiederholt bei unverschuldetem Fehlen jeder Lohn für aufgewandte Arbeitszeit vollständig entzogen und dazu noch den Formen die Kosten der Dreher- und Hoblerarbeit bei unbrauchbaren Stücken aufgebürdet. Bei der Arbeiterschaft hat es den Eindruck hervorgerufen, als würden auch ausbesserungsfähige Stücke kurzerhand zum alten Eisen wandern. Der Arbeiter hat in solchen Fällen immer umsonst gearbeitet. Beschwerden hinsichtlich des Materials wurde in keiner Weise Rechnung getragen. So kommt es, daß Former bei Akkordarbeit mit einem Tagesverdienst bis zu etwa 2 Mark herunter nach Hause gehen müssen.

Den Wert der Lohnstatistik kann man schon danach bemessen, daß solche Abzüge nicht einmal in das Lohnbuch eingetragen werden. Die Akorde werden übrigens einfach diktiert; ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter kennt man nicht. Die anderwärts übliche Praxis, durch eine Arbeiterkommission die Akorde ausprobieren zu lassen, um jeder willkürlichen Behandlung den Boden zu entziehen, wird abgelehnt. Die Uebereinstimmung haben bei einzelnen Arbeitern (Hoblern) die Lohnziffer von etwa 130 monatlich erreicht. Neben einer reichlichen Zahl von halben Schichten, mußte wöchentlich einmal eine Nacht durchgearbeitet werden, also ohne Unterbrechung 36 Stunden. Auch die Lehrlinge dürfen freiwillig Ueberstunden machen, die nicht in die Lohnlisten eingetragen werden. Der Probenofen in der Gießerei könnte wohl ebensogut des abends geheizt werden, so aber, sind bei der Heizung über Tag die Arbeiter den gesundheitsschädlichen Gasen ausgesetzt.

Als ungerecht wird empfunden, daß bei gleichem Beitrag den jüngeren Arbeitern ein geringeres Krankengeld gewährt wurde. Auch hier muß der Grundsatz gelten, gleiche Pflichten, gleiche Rechte.

Die Bemühungen des Arbeiterausschusses in all diesen Fragen waren bisher erfolglos; seine Anträge blieben unbeachtet. Als Zugunstmittel sollte der Arbeiterausschuß doch nicht behandelt werden. Vielfach wurde von der Arbeiterschaft geklagt über grobe Behandlung durch den Herrn Bergmeister. Auf jeden Fall kann mit enormen Abzügen und ähnlichen, die Arbeiterschaft verbitternden Methoden die Rentabilität des Werkes nicht gesteigert werden, weil schließlich damit jede Arbeitsfreudigkeit unterbunden wird. Soffentlich geben diese Feilen Veranlassung, die vorgenannten, zum Teil recht groben Mißstände abzustellen.

An den Kollegen selbst liegt es im übrigen, durch vollzähligen Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband sich eine nachdrücklichste Vertretung ihrer Interessen zu sichern.

**M a c h s c h r i f t.** Vorstehende Zeilen waren schon geschrieben, als die rote „Münchener Post“ und ihre sozialdemokratischen Schwesterorgane eine niedliche Denunziation an den Mann zu bringen suchte. In der Tagespresse wurde diese unehrliche Kampfweise bereits zurückgewiesen. Die Münchener Post faßelt von anderen Tönen gegenüber Regierung und Administration in einer von unserem Verband einberufenen Versammlung, obwohl mit keinem Worte Regierung und Administration erwähnt wurden. „Die „Wahrheitsliebe“ der Genossen ist ja männiglich bekannt. Zuletzt noch eine Feststellung: In der Arbeiterschaft gibt es gewisse Elemente, die nicht deshalb Versammlungen besuchen, um an der Hebung des Standes mitzuarbeiten, sondern lediglich den Zweck verfolgen, der Betriebsleitung einen gefälschten Bericht zu überbringen. Wird dies traurige „Gewerbe“ in der breitesten Öffentlichkeit betrieben, so ist das höchstens noch schamlos. Die christliche Arbeiterschaft wird es sich jedenfalls überlegen, ob sie künftig in allen Fällen das Gastrecht sich von solchen Elementen in beliebiger Weise mißbrauchen läßt. Die christliche Arbeiterschaft denkt sich unter Interessensvertretung jedenfalls etwas anderes, als was die rote Münchener Post in diesem Falle getan hat.

**Karlsruhe.** Die Jahresgeneralversammlung der Ortsgruppe Karlsruhe fand am 19. Januar, die der Sektion Daylanden am 9. Februar und die der Sektion Ettlingen am 16. Februar statt. In allen Versammlungen erstattete der Vorsitzende Kollege Weis den Geschäftsbericht. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß wir am 1. Januar 1912 130 Mitglieder zählten, darunter 28 jugendliche. Aufgenommen wurden im verfloßenen Jahre 71, darunter 23 jugendliche. Stand am 1. Januar 1913: 151 Mitglieder, 115 ältere und 36 jugendliche. Zugereist sind 11 und abgereist sind 12 Kollegen. In Karlsruhe fanden insgesamt 22 Versammlungen statt. In 21 Versammlungen war der Vorsitzende anwesend, einmal war er verhindert wegen Teilnahme an der Bezirkskonferenz. Außerdem wurden 14 Vorstand- und Vertrauensmännerfiguren abgehalten. In allen Versammlungen wurden belehrende Vorträge gehalten. In Daylanden fanden 11 Versammlungen statt und in Ettlingen 18. Einige Versammlungen konnten — was für die Folge

nicht mehr vorkommen darf — wegen zu schlechten Wetters nicht abgehalten werden.

Was den Versammlungsbefuch betrifft, so sind in Karlsruhe 28% der Mitglieder den Versammlungen ferngeblieben und 72% haben die Versammlungen besucht. Auf die einzelne Versammlung berechnet, stellte sich der Befuch auf 15% der Mitgliederzahl gegen nur 12% im Vorjahr. Es muß also noch viel besser werden. Daylanden hatte 118 Versammlungsbefucher auszuweisen. Der durchschnittliche Befuch war 12. Die Sektion Ettlingen hatte bei 30 Mitgliedern den besten Versammlungsbefuch auszuweisen. Gewöhnlich waren 16 Kollegen anwesend, also 52%. Im verfloßenen Jahr gingen 4 Briefe, 51 Postkarten, 49 Drucksachen und 9 Pakete ein. Weggeschickt wurden 77 Briefe, 75 Postkarten und 137 Drucksachen. Auf 13 von im ganzen 14 Kartellveranstaltungen war unsere Jahrsstelle vertreten. Werkstattversammlungen hatten wir 3. Die Bibliothek wurde nur von wenigen Kollegen benutzt. Flugblätter wurden vertrieben: Ueber den Bergarbeiterstreik 3500, „Metallarbeiter verteidigt eure Rechte“ 400, „Ein Wort an die Eltern“ 300, „Jugend vor die Front“ 100, „Eine Geschichte für unsere Arbeiterfrauen“ 100, „Arbeiterjugend, wach auf des Wegs“ 100. Der Broschürenvertrieb ließ zu wünschen übrig.

Zum Kapitel Hausagitation führte Kollege Weis an: Es wurden insgesamt 151 Adressen gesammelt. An den Hausagitationen beteiligten sich 13 Kollegen. Von den 151 Adressen wurden 38 einmal, 16 zweimal, 10 dreimal und mehr aufgesucht. Den Beitritt haben abgelehnt aus verschiedenen Gründen 15, in roten Verbänden organisiert waren 5, unauffindbar 2 und verweist 8. Mit dem Vermerk „nicht zu Hause“ oder „verreist“ sollte eigentlich keine Karte zurückgegeben werden, endgültig erledigt wurden nur 51 Adressen, während 97 noch ihrer Erledigung entgegensehen, einerseits, weil sich zu wenig Kollegen an der Hausagitation beteiligt und andererseits weil einige Kollegen, die sich beteiligt haben, weder die Karte zurückgebracht, noch ihre Resultate gemeldet haben. An der Hausagitation der Sektion Daylanden beteiligten sich zwei Kollegen. 7 Adressen, 4 von Unorganisierten und 3 von Andersorganisierten lagen vor. Gewonnen wurden 4. Von der Sektion Ettlingen kann nichts genaues berichtet werden, weil noch kein Bericht vorliegt. Aber das erfreuliche kann von der Sektion Ettlingen berichtet werden, daß die dortigen Kollegen Hausagitation und zwar mit Erfolg betrieben haben. Sie zählen heute über 50 Mitglieder und sind vom 1. Januar 1913 von der Ortsgruppe Karlsruhe getrennt worden.

Den Rassenbericht gab der Kassierer Kollege Bechtold. In der Diskussion wurde bemängelt, daß der Verlauf der Delegiertenmarken nicht im Verhältnis stehe zur Mitgliederzahl und daß darauf größere Aufmerksamkeit verwendet werden solle.

Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: Gewählt wurden die Kollegen Weis zum 1. und Friedr. Emmet zum 2. Vorsitzenden, Bechtold zum Kassierer, Müller zum 1. und Friedr. Adam zum 2. Schriftführer, Otto Fuchs zum Schriftführer für die Vertrauensmännerfiguren, Manger, Steinbrenner und Meny zu Revisoren. Karstelldelegierte die Kollegen Heist, Meny, Weininger und Sved. Kollege F u h n -H o r z h e i m referierte sodann über die Aussperrung in Wenden. Redner geißelte das verräterische Treiben der Sozialdemokratie und forderte die Kollegen auf, die ausgesperrten Kollegen kräftig zu unterstützen. 20 Mk. wurden aus der Lokalkasse bewilligt und 30 Mk. sofort für die Aussperrten abgefannt.

Und nun Kollegen, jetzt im neuen Jahr mit neuer Freude, neuer Begeisterung und neuer Opferwilligkeit an die Arbeit. Das neue Jahr brachte uns schon eine neue Sektion in der Stadt mit dem Sise in Mühlburg. Wer bei dem Erringen neuer Sektionen nicht stehen bleiben will, „Masten heißt rosten“, darum müssen wir weiter vorwärts streben und hierzu bedarf es der eifrigen und gewissenhaften Mitarbeit aller Kollegen. Der Gedanke der persönlichen Opferwilligkeit und Mitarbeit muß sich in unseren Reihen noch mehr durchsetzen. Es ist doch unsere Organisation, die unsere Interessen vertritt, für die wir arbeiten sollen. Die tätige Mitarbeit im Verband liegt also im ureigensten Interesse eines jeden von uns. Und wer der Meinung ist, er sei in gewerkschaftlicher Beziehung genug aufgeklärt, der erst recht gehört in die Versammlungen, der erst recht sollte sich auch in der Agitation betätigen. Denn jeder vernünftige Gewerkschaftler wird doch seine Aufklärung nicht für sich behalten wollen, wo er das lebhafteste Interesse daran haben muß, daß gewerkschaftliche Aufklärung in die breitesten Schichten der Arbeiterschaft und besonders auch in die Reihen der Jugendlichen getragen wird. Jeder von uns hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der jugendliche Nachwuchs herangezogen und gewerkschaftlich geschult wird, damit die neuen Kräfte nicht fehlen, wenn die alten einmal zurücktreten müssen.

Also Kollegen, an Arbeit für jeden fehlt's in unserer Ortsgruppe nicht. Sie muß getan werden, wenn es vorwärts gehen soll. Darum zur Tat! In euren Wünschen schweben Toren, doch wo ein Wille ist, ist nichts verloren.

**Worms.** Am 8. Februar hielt die hiesige Ortsgruppe ihre Generalversammlung im „Berkeller“ ab, zu der auch Bezirksleiter Kollege Scherer-Offenbach erschienen war. Der Vorsitzende, Kollege Jurnieden, erstattete den Jahresbericht, aus dem folgendes mitgeteilt sei: Am Ende des Jahres 1911 waren vorhanden 18 Vollmitglieder und 2 jugendliche. Es wurden im Geschäftsjahre aufgenommen 21 Vollmitglieder und 9 jugendliche, von anderen Verbänden traten über 3 Mitglieder, sodas die Zahl der Aufnahmen im ganzen 33 betrug. Es reisten zu 11 Mitglieder, der Gesamtzuwachs betrug mithin 44. Demgegenüber steht folgender Abgang: Abgereist 20, ausgesreten und ausgeschossen 13 Mitglieder, im ganzen 33, es bleibt also ein Gewinn von 11 Mitgliedern. Am Schlusse dieses Geschäftsjahres hatte die Ortsgruppe 22 erwachsene und 9 jugendliche Mitglieder, was einen Zuwachs von über 50% entpricht. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betrugen 679,70 Mk., die Gesamtausgaben beliefen sich auf 351,15 Mk. Die sich folgendermaßen verteilten: Kleinstunterstützung 40 Mk., Krankenunterstützung 195 Mk., Unterstützung 25 Mk. und Anteil der Lokalkasse 91,15 Mk. An die Hauptkasse abgefannt wurden 328,55 Mk. Der Bestand der Lokalkasse belief sich am Schlusse des Jahres 1911 auf 52,31 Mk., dazu kam der Anteil aus den Beiträgen mit 91,15 Mk., Lokalkasse 110,45 Mk., insgesamt also 253,91 Mk. Die Ausgaben betrugen 98,85 Mk., sodas am Ende des Geschäftsjahres ein Lokalkassenbestand von 155,06 Mk. vorhanden war.

Monatlich einmal wurde eine Mitgliederversammlung abgehalten und in Verbindung mit den anderen Verbänden hier

öffentliche Versammlungen. Außerdem beteiligten sich die Mitglieder verhältnismäßig zahlreich an einem vom Kartell veranstalteten Unterrichtskursus über die Reichsversicherungsordnung. Lohnbewegungen waren im Bereich der Ortsgruppe im Berichtsjahre nicht zu verzeichnen.

Nach der Erstattung des Jahresberichts nahm Kollege Scherer das Wort zu einer anerkennenden Ansprache, wobei er besonders die Notwendigkeit der allgemeinen Mitarbeit der Kollegen an dem weiteren Ausbau der Ortsgruppe und das wirtschaftliche Programm der Organisation betonte. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Gurnieden zum Vorsitzenden und Kassierer und des Kollegen Jung zum Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Frosch und Schmitt gewählt. Die Ortsgruppe Worms zählt nicht zu denjenigen, welche das Verbandsorgan oft in Anspruch nehmen, aber geschlafen hat sie deshalb doch nicht und wir hegen die Hoffnung, im Laufe dieses Jahres das erste halbe Hundert Mitglieder zu erreichen.

Schramberg. Nicht zahlreich hatten sich die Kollegen zu unserer diesjährigen Generalversammlung eingefunden, um den Bericht über unsere gewerkschaftliche Arbeit vom verfloßenen Jahre entgegen zu nehmen. Kollege Kopp erstattete den Bericht an Hand der Protokolle. In den Versammlungen wurden, teils durch entsprechende Referate des Bezirksleiters, für uns sehr wichtige Fragen behandelt. In Anbetracht dessen hätte der Besuch in manchen Versammlungen ein besserer sein müssen. Der so wichtigen Hausagitation haben sich leider nur wenige Kollegen gewidmet. Der Erfolg wäre dann auch zweifellos größer gewesen, wenn namentlich die lebigen Kollegen gerade in diesem Punkte sich mehr auf ihre Pflicht als Gewerkschaftler besonnen und an die Hausagitation herantretender wären. Das Versäumnis muß jetzt nachgeholt und mit Energie und Ausdauer aus Wetzl gegangen werden. Viel Anklang hat namentlich die im Berichtsjahre veranstaltete Konferenz der christlich organisierten Kollegen von Schramberg und Lauterbach gefunden, in der die Bezirksleiter Gengler-Stuttgart und Schmitz-Freiburg auffällende Referate über für uns sehr wichtige Fragen hielten. Der zahlreiche Besuch, die rege und interessierte Aussprache, sowie die Begeisterung, womit die Konferenzteilnehmer damals auseinander gingen, sind wohl Beweis genug dafür, daß es im Interesse unserer Sache gelegen ist, wenn auch in diesem Jahre eine Konferenz ähnlichen Charakters wieder veranstaltet würde.

Nach dem vom Kassierer Kollegen Grüner erstatteten Jahresbericht betrugen die Einnahmen für die Hauptklasse 2471,45 Mark; die Ausgaben 1689,90 Mk. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Reise 12 Mk., Umzug 75 Mk., Krankenunterstützung 530,82 Mk. und Starbegeld 85 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1795,67 Mk. und eine Ausgabe von 828,69 Mk.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Hüppchen, zum Kassierer Kollege Baptist Grüner wiedergewählt. 2. Vorsitzender wurde Kollege Aug. Mantel, Schriftführer Kollege Reibinger. In den Anwärtern gewählt wurden dann noch die Kollegen Ferd. Otto Schär, Josef Storz, Germ. Kühner, Christian Köhler; zu Kartellbegleitern die Kollegen Joh. Kall, Otto Schär, Germ. Kühner und Germ. Pettich; zu Revisoren Hofmeier und Berner. Es wurde sodann beschlossen, für die Folge alle 14 Tage Versammlung abzuhalten.

Der Vorsitzende Kollege Hüppchen dankte zum Schluß den Kollegen, die im vergangenen Jahre gewissenhaft ihre Ämter ausgefüllt und appellierten an alle Mitglieder, in Zukunft noch energischer für unsere gemeinsame Sache einzutreten und für die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein, die Versammlungen zu besuchen und das Organ zu lesen. Besonders auch an die jugendlichen Kollegen richtete der Vorsitzende ernste, ermunternde Worte. Ihr Bestreben müsse auch im neuen Jahre stets darauf gerichtet sein, mit vereinter Kraft für die Jugendabteilung zu werden und danach zu trachten, daß die Reuegewonnenen auch zu tüchtigen, ganzen Gewerkschaftlern herangebildet werden. Die Vertrauensleute der Jugendabteilung mußten hier den andern mit leuchtendem Beispiel vorangehen und sowohl die ihnen zugeteilten Mitglieder pünktlich und gewissenhaft begreifen, wie auch pünktlich abrechnen. Ordnung und Pünktlichkeit seien in der Gewerkschaftsbewegung unentbehrliche Dinge. Namentlich die Klimbim-Berzine seien ein großes Hemmnis für eine ernsthafte Standesbewegung. Die Arbeiter, die denen ihre Groschen opfern, denken gar nicht daran, ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse besser zu helfen; der Gewerkschaftsbeitrag erscheint den Kurzschäftigen zu hoch, obwohl sie in den Klimbimvereinen ein Vielfaches des Gewerkschaftsbeitrages unnütz wegwerfen. An unseren jungen Kollegen ist es nun, wenigstens ihre Altersgenossen vor diesem Abwege zu bewahren und sie für die Standesarbeit zu interessieren — und auch die älteren Kollegen sollen mit aller Energie die Aufklärungsarbeit weiter betreiben, bis wir die abwärts Stehenden zu Mitarbeitern und Mitkämpfern gewonnen haben. Auf zur Tat!

Kürzberg. Am Montag, den 31. März findet in den Siemens-Schuckert-Werken die Wahl des Arbeiterausschusses statt. In einem solchen Kleinwerk, das zirka 8000 Arbeiterrinnen und Arbeiter beschäftigt, wovon der größte Teil gewerkschaftlich organisiert ist, hat die Proporzwahl eine erhöhte Bedeutung.

Der Arbeiterausschuß bildet das ständige Bindeglied zwischen Arbeiterchaft und Betriebsleitung. Die ganze Unsumme von Beschwerden, Differenzen und Wünschen der Arbeiterchaft finden in dieser Instanz ihre Behauptung und dieselbe Entscheidung. Ohne Zweifel haben die Arbeiterchaften solcher Werke dazu beigetragen, daß größere Differenzen mit ernstlichem Charakter seltener geworden sind. Daran ergibt sich auch die große Bedeutung der Wahl des Arbeiterausschusses.

Zahlberechtigt sind alle über 21 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen, die länger als ein Jahr im Werk beschäftigt sind. Unsere Kollegen und Kolleginnen haben eine eigene Liste eingereicht, die Liste 2. Alle Verbandskollegen und Kolleginnen, sowie Gesinnungsfreunde in diesem Werk, unterzeichnen auf dem Stimmzettel die Ziffer 2. Die Liste 3 und 4 sind von den sozialdemokratischen Organisationen eingereicht. Eine sozialdemokratische Vertretung kann für jeden Arbeiter, der auf christlich-nationalem Boden steht, nicht in Frage kommen. Anders herum, wiege an der eigenen Sache Verantw.

Ebenso wenig kann die Liste 1, die in den letzten Jahren ins gelbe Fahrwasser dirigierten Unterstützungsvereins für unsere Mitglieder in Betracht kommen. In neuerer Zeit bemüht man sich, Mitglieder dieses Vereins für politische

Zwecke einzuspannen. Im Werk selbst versuchen gelbe „Führer“ die Arbeiter, welche keine gelben Neigungen haben, einzuschüchtern durch mehr oder weniger verdeckte Androhung der Fortkündigung. Vornehmlich durch solche uneheliche Vorspiegelungen könnten für die gelben Zwecke Mitglieder gewonnen werden, die innerlich die gelben Bestrebungen ablehnen. Die gelben Kamauchungen und Agitationskriege sind nicht als bare Münze zu nehmen. Es steht außer Zweifel, daß die Direktion die erwähnten gelben Praktiken ablehnt. Ein großer Teil der Vereinsmitglieder will von einer gelben Leitung überhaupt nichts wissen.

Für unsere Mitglieder und Gesinnungsfreunde ist es deshalb eine Ehrenpflicht, sich bei der bevorstehenden Wahl eine Vertretung zu sichern. Dies geschieht durch Unterzeichnen der Ziffer 2 auf dem Stimmzettel.

Homburg a. N. Auch bei uns hat der christliche Metallarbeiterverband festen Fuß gefaßt. Der eifrigen Agitation einiger Kollegen gelang es, auch hier eine, wenn auch kleine so doch zielbewusste Truppe für unsere Verbände zu gewinnen. So konnte denn am Sonntag, den 2. März die Gründung einer eigenen Zellsstelle vorgenommen werden. Die Kollegen waren zahlreich erschienen. Kollege von Eitel eröffnete die Versammlung und legte ihren Zweck dar. Zunächst wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Kollege Frett-Duisburg referierte darauf über die gegenwärtige Situation und ihre Lehren für die Metallarbeiter. Die materiellen Erfolge einer Gewerkschaft sind zum großen Teil abhängig von dem jeweiligen Stande der betr. Industrie. Für die Metallindustrie sei das verfloßene Jahr als ein sehr gutes zu bezeichnen. Das komme zum Ausdruck in den bedeutenden Kapitalerhöhungen der verschiedensten Gesellschaften, in den steigenden Dividenden und in der ständigen Steigerung der Produktion. Die Arbeiter hätten leider im vergangenen Jahre an dem Gewinn der Arbeit nicht den genügenden Anteil genommen. Reichstagswahl, Bergarbeiterstreik und Gewerkschaftstreik haben eine gewisse Unruhe hervorgerufen. Die fanatische Hege, welche bei dem Bergarbeiterstreik von den Genossen und ihrem Anhang gegen die christlichen Gewerkschaften injiziert wurde, sei am besten widerlegt durch unseren Kampf in Menden, die jüngste Bergarbeiterbewegung an der Saar und die neueren Tariffkämpfe. Für den Monat Januar seien an der Saar schon ansehnliche Lohnserhöhungen festgestellt worden. Ein Beweis, daß es den christlichen Gewerkschaften mit der Vertretung der Arbeiterinteressen völlig Ernst sei. Der Gewerkschaftstreik habe während für unsere Bewegung gewirkt. Ein großer Kampf sei im Herbst vorigen Jahres in Menden entbrannt, der heute noch andauere. Redner schilderte eingehend Ursache und Verlauf des Kampfes. Lehhaft zu begrüßen sei es, daß die Forderung der Schrammachers betreffs Arbeitsmüllens im Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Erfreulich aber sei auch die klare Stellungnahme des Ministers des Innern v. Dellbrück in dieser Frage.

Auf der internationalen Konferenz in Zürich habe die alte Forderung unseres Verbandes betreffs Hüttenarbeiterstutz guten Anklang gefunden, sobald in absehbarer Zeit auch diese Forderung erfüllt werde. Der Referent kennzeichnete sodann kurz das Gebahren der Gelben. Die Aussichten in 1913 seien für uns gute. Wollen wir in diesem Jahre mehr Erfolge erlangen, dann sei es notwendig, daß jeder Kollege seine ganze Kraft einsetze, um dem Verbands neue Streiter zuzuführen. Dies sei aber nur dann möglich, wenn die Mitglieder gut geschult seien. Fleißiger Versammlungsbesuch und eifriges Studieren des Verbandsorgans sei hierfür die erste Bedingung. Auch die Unterstützung der gewerkschaftsfreundlichen Presse sei dringend notwendig. Ueber die Art der Agitation könne wohl kein Zweifel mehr bestehen, welche die beste sei. Redner forderte zum Schluß die Kollegen auf, sich eifrig an der Hausagitation zu beteiligen, so daß die Zellsstelle auf der nächsten Generalversammlung über schöne Erfolge berichten könne.

In der anschließenden Diskussion verbreitete sich unter andern Kollege Spiller über die ideoellen Erfolge unserer Gewerkschaftsbewegung. Zur Hausagitation meldeten sich sofort 7 Kollegen. Die Versammlungen wurden auf den 1. Sonntag im Monat festgelegt. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, nun das Gehörte in die Tat umzusetzen, schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Stuttgart. Der Hirsch-Dundersche „Regulator“ übt eine eigenartige Schreibweise. Um seine geistige Armut und Abhängigkeit von den Genossen zu beweisen, drückt er fleißig die roten Verleumdungsartikel gegen den christlichen Metallarbeiterverband nach, trachtet etwas von der „Höhe einer christlichen Kampfesweise“ und freut sich recht kindisch über seine Ab-Schreibekunst. So plappert er wieder in Nr. 11 etwas von „sich selbst widersprechen“. Ihm wie den Genossen ist es nicht recht, daß wir die renige Erklärung des früheren roten Kronzungen Hirsch zur Kennzeichnung der roten Kampfesweise veröffentlichten. Anscheinend sind damit außer den Genossen auch den H.-D. Größen die Felle den Bach hinunter geschwommen.

Wir möchten aber an den hochweisen Regulator-Artiller die ganz uneheliche Frage richten, was er machen würde, wenn die Genossen einem Arbeiter seine Unterschrift unter ein Schriftstück abzwänden oder abschwindeln würden, worin alle möglichen erlogensten Aufschuldigungen gegen den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften enthalten wären? Und was würde der Regulator-Artiller tun, wenn der Arbeiter, der sich von den Genossen zu dieser Schlichtigkeit verführen ließ, nachträglich durch sein Gewissen getrieben, als reuiger Sünder zurückkehrte und der Wahrheit gemäß erklärte: die ihm von den Genossen vorgelegte Erklärung sei erlogen und er habe sich zur Vergabe seiner Unterschrift nur durch das von den Genossen gebotene Geld, welches er in seiner Not dringend brauchte, bewegen lassen? Würde in diesem Fall der „Regulator“ und sein Schreiber das Geständnis eines Sünders nicht annehmen? Man kann ja nach wie vor über die Charakterstärke bzw. Schwäche einer Person seine eigene Meinung haben und doch ein unbewusstes Geständnis von ihr annehmen — das wird der „Regulator“ ebenso gut wie wir. Er will aber, um seine Misere zu verdecken, durch einseitige Wiedergabe roter Verleumdungsartikel seinen Lesern Sand in die Augen streuen. Diese „Zettl“ gleicht der sonst üblichen Agitationsweise Hirsch-Dunderscher Agitatoren; in katholischen Gegenden spielen sie den lammfrommen „Neutralen“ und in sozialistischen Arbeiterkreisen und Arbeitervereinen, wie das neuerdings in Württemberg geschieht, heben sie gegen die christlichen Gewerkschaften, sie seien katholisch und ultramontan. Nebenbei geht man hin und sucht mit „Berliner“ und sozialdemokratischem „Material“, das man zu Artikeln zusammenleimt, ein total falsches Bild über die christlichen Gewerkschaften zu geben, ohne es solcher „Bitterkunst“ vor

Scham rot zu werden. Das ist auch „die Höhe Hirsch-Dunderscher Kampfesweise.“

### Sterbetafel.

**Bromberg.** Am 9. März starb unser treuer jugendlicher Kollege Karl Pawlicki im 18. Lebensjahre an Lungenleiden.

**Dingelstädt.** Am 17. März starb unser treuer Kollege Karl Kirchberg, Feilenarbeiter, im Alter von 40 Jahren infolge eines Lungenleidens.

**Flensburg.** Am 11. März starb unser Kollege Konrad Onst im Alter von 66 Jahren an Luftröhrenentzündung.

**Hannover-Buden.** Am 15. März starb unser treuer Kollege August Sander, Schmied, im Alter von 76 Jahren infolge eines Kopfgeschwürs.

Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungsstammler.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

**Samstag, den 29. März.**

- Bremen.** Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Düsternstraße 1.
- Dortmund 1.** Abends 9 Uhr bei Kroll, Kövenerplatz.
- Düsseldorf-Neudorf.** Abends 9 Uhr bei Kroll, Kövenerplatz.
- Hamburg.** Abends 8.30 Uhr in Werner's Geschäftshaus, Köhlhöfen 27.
- Köln-Stadt.** Abends 9 Uhr „Zur Natzenmühle“, Neumarkt 18.
- Köln-Südboldolonie.** Abends 8.30 Uhr bei Gutz, Wallstraße.
- Stuttgart-Rudwigsburg.** Abends 8 Uhr bei Weinmann.

**Sonntag, den 30. März.**

- Brühl.** Nachm. 5 Uhr bei Giesberg, Uhlstraße 8.
- Dg.-Weiderich.** Nachm. 4 Uhr bei Kleine Natiauf, Unter den Ulmen.
- Düsseldorf-Neudorf.** Vorm. 11 Uhr bei Kroll, Kövenerplatz.
- Düsseldorf-Neudorf.** Vorm. 11 Uhr bei Kroll, Kövenerplatz.
- Generalversammlung mit Vorstandswahl.** Referent Kollege Geyse.
- Neunkirchen.** Abends 8 Uhr bei Schlegel, zum „Streu“.
- Troisdorf.** Morgens 11 Uhr bei Kürten.

**Dienstag, den 1. April.**

- Neuwied.** Abends 8 Uhr bei B. Meud.

**Mittwoch, den 2. April.**

- Engers.** Nachm. 6.30 Uhr bei P. Wanger.
- Dg.-Laar.** Abends 8.30 Uhr bei Jansen, Kaiserstraße. Vertrauensmännerversammlung.

**Donnerstag, den 3. April.**

- Dg.-Veef.** Abends 8.30 Uhr bei Zimmer, Kaiserstraße. Vertrauensmännerversammlung.
- Dg.-Weiderich.** Abends 8.30 Uhr im kath. Vereinshaus „Eintracht“ Ulfstraße.
- Danzig-Langfuhr.** Versammlung in der Flora.

**Freitag, den 4. April.**

- Saltern.** Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.

**Samstag, den 5. April.**

- Andernach.** Abends 8.30 Uhr im Hotel Hamm.
- Augsburg-Dauschloffer.** Versammlung in der Schützenhalle.
- Berlin-Neubühl.** Versammlung bei Waberski, Götterstraße 96.
- Berlin-Kabel.** Abends 8.30 Uhr bei Joh. Schürmann, Hagenerstraße.
- Eisenach.** Abends 8.30 Uhr im Weimarer Hof.
- Elberfeld.** Abends 8.30 Uhr bei Hertenrath, Klogbach.
- Elbing.** Abends 8 Uhr im Erholungshaus.
- Freiburg i. B.** Abends 8.30 Uhr im Gantersbräu, Schiffstraße 7.
- Überlahnstein.** Abends 8.30 Uhr im Gesehenhaus.
- Dübelm.** Abends 9 Uhr bei Gottfr. Schmitz, Frankfurterstraße.
- Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen Köllig.
- Wetterbauer-Vogelsang.** Abends 8.30 Uhr bei Mähgenborn.

**Sonntag, den 6. April.**

- Aktenbagen.** Vorm. 11 Uhr bei Vng. Steinhilf, Boelersstr. 1.
- Berlin.** Vorm. 11 Uhr bei C. B. Schräule, am Markt.
- Bellheim.** Jeden 1. Sonntag im Monat Versammlung abwechselnd im „Friedrich“ und „Freud“.
- Berlin-Jugendliche.** Nachm. 3 Uhr im Deutschen Gärtnerheim, Straauerstr. 53.
- Bonn.** Vorm. 10 Uhr bei Witz.
- Danzig.** Große Kundgebung der christl.-nat. Arbeiterschaft im Werkspieselaal zu Danzig.
- Dg.-Laar.** Vorm. 11.30 Uhr bei Jansen, Kaiserstraße.
- Düsseldorf-Verwaltungsstelle.** Vorm. 11 Uhr im Paulushaus, Außenstraße. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
- Düren.** Vorm. 10 Uhr Vorstand- u. Vertrauensmänner-Sitzung bei Klittenberg in Düren.
- Gr. Mairfeld.** Nachm. 4 Uhr bei Witz.
- Hamborn.** Nachm. 2.30 Uhr bei Freundes am Neumarkt. Ref. Herr Student Schüller-Freiburg.
- Hann.** Versammlung im Brauhöfel, Gärtnerstraße.
- Karlruhe.** Vorm. 10 Uhr Vorstand- u. Vertrauensmänner-Sitzung im Palmengarten.
- Karlruhe-Etlingen.** Vorm. 10 Uhr Vorstand- u. Vertrauensmänner-Sitzung im Wilden Mann.
- Köln-Stadt.** Abends 7 Uhr mit Frauen im Colontahaus, Nachenerstr. 5.
- Köln-Stadt.** Nachm. 4 Uhr mit Frauen im Vereinshaus.
- Köln-Ringstr.** Morgens 11 Uhr bei G. Dür, Döhmerstraße.
- Lüdenscheid.** Vorm. 11 Uhr bei G. Deuer, Wilhelmstraße.
- Wetzl-Urbach.** Morgens 11 Uhr bei Demmer in Urbach.
- Schaltsmühle.** Nachm. 5 Uhr bei W. Bedder, Hülverstraße.
- Schwelm.** Vorm. 11 Uhr bei Wiele, Bahnhofstraße.
- Siegburg.** Jeden 1. Sonntag im Monat Mitgliederversammlung.
- Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Meerfaßstraße.
- Troisdorf-Sieglar.** Morgens 11 Uhr bei Kretz in Sieglar.

### Abreisen:

- Danzig.** Das Büro der Ortsverwaltung befindet sich ab 1. April Schillstraße 53/55.
- Köln.** Die Büros der Bezirksleitung und Ortsverwaltung sind von Palmstraße 14 nach Venloerwall 9, gegenüber dem Westbahnhof verlegt. Die neue Telefon-Nummer ist A 8072. Die Büros sind geöffnet von 8-9 Uhr vormittags, 11.30 bis 12.30 Uhr mittags und von 4-5 Uhr nachmittags. Unterstützungen werden Samstag nachmittags von 3-5 Uhr ausgezahlt.

Für dauernde und gut bezahlte Arbeit werden sofort gesucht

## tüchtige Dreher, Bohrwerker, sowie Schürmeister und Schmiede,

welche selbstständig nach Zeichnung am Feuer arbeiten können.

### Fried. Krupp, A.-G. Germaniawerft, Kiel-Garden.